

Martina Franke

Historische und aktuelle
Lösungsansätze zur
Rohstoffversorgungs-
sicherheit

Heft 84

Februar 2009

Historische und aktuelle Lösungsansätze zur Rohstoffversorgungssicherheit

Von

Martina Franke

Institut für Wirtschaftsrecht
Forschungsstelle für Transnationales Wirtschaftsrecht
Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Assessorin Martina Franke, LL.M.oec., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Wirtschaftsrecht und Doktorandin am Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Europarecht und Internationales Wirtschaftsrecht (Prof. Dr. Tietje, LL.M.) der Juristischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Christian Tietje/Gerhard Kraft (Hrsg.), Beiträge zum Transnationalen Wirtschaftsrecht, Heft 84

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://www.dnb.ddb.de> abrufbar.

ISSN 1612-1368 (print)

ISSN 1868-1778 (elektr.)

ISBN 978-3-86829-127-8

Schutzgebühr Euro 5

Die Hefte der Schriftenreihe „Beiträge zum Transnationalen Wirtschaftsrecht“ finden sich zum Download auf der Website des Instituts bzw. der Forschungsstelle für Transnationales Wirtschaftsrecht unter den Adressen:

www.wirtschaftsrecht.uni-halle.de/publikationen.html

www.jura.uni-halle.de/telc/publikationen.html

Institut für Wirtschaftsrecht
Forschungsstelle für Transnationales Wirtschaftsrecht
Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Universitätsplatz 5
D-06099 Halle (Saale)
Tel.: 0345-55-23149 / -55-23180
Fax: 0345-55-27201
E-Mail: ecohal@jura.uni-halle.de

INHALTSVERZEICHNIS

A. Einleitung	5
B. Rohstoffknappheit und Verfügbarkeit von Rohstoffen.....	6
I. Verfügbarkeit von Kupfer.....	7
II. Relative Knappheit von Kupfer	9
1. Angebot und Nachfrage	9
2. Verteilung der Vorkommen und der Produktion	11
C. Sicherung des Rohstoffzugangs.....	12
I. Geschichte der Rohstoffabkommen	13
1. Entwicklung der Rohstoffabkommen bis zur Nachkriegszeit.....	13
2. Die Krise der 1970er Jahre und die Neue Weltwirtschaftsordnung.....	18
3. Die Entwicklungen in den 1980er und 1990er Jahren	21
II. Aktuelle Tendenzen eines globalen Ressourcenmanagements	23
D. Rohstoffpolitik der VR China	28
E. Rohstoffpolitik Deutschlands	31
F. Zusammenfassung	35
Schrifttum	36

A. Einleitung

Der „Kampf um Rohstoffe“¹ hat begonnen und niemand möchte zu den Verlierern gehören.² Die Nachfrageexplosion der Schwellenländer nach Rohstoffen hat zu einer Verknappung bei einigen strategischen Rohstoffen auf den Weltmärkten geführt, die von enormen Preissteigerungen gekennzeichnet sind. Die deutsche Wirtschaft, abhängig von Rohstoffimporten, ist aufmerksam geworden:

„Seit rund fünf Jahren steigen die Preise für Metallrohstoffe scheinbar unaufhaltsam. In der gesamten Wertschöpfungskette trifft diese Entwicklung die Unternehmen. Deshalb schlagen sie jetzt Alarm.“³

„Deutschland erhält für seine Rohstoffimporte eine Rekordrechnung. Daran ändert auch die jüngste Entspannung an den Terminbörsen nichts. Im Jahresvergleich dürfte sich die Einfuhr der wichtigsten Rohstoffe 2008 um etwa 40 Prozent verteuern. Das kostet Arbeitsplätze.“⁴

Schon einmal, in den 1970er Jahren, wurde unter dem Eindruck ihrer Endlichkeit die Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen rege diskutiert. Zentrale Bestrebungen dieser Zeit waren die Abschlüsse von Rohstoffabkommen. Hierbei trafen die divergierenden Interessen von Industriestaaten und Entwicklungsländern aufeinander. Rohstoffabkommen sollten einerseits sicheren Zugang zu Rohstoffen zu geringen Preisen gewährleisten. Andererseits sollten sie stabile Preise und höhere Erlöse garantieren. Vor diesem Hintergrund hat die internationale Rohstoffpolitik in den vergangenen Jahren eine Renaissance erlebt. Inzwischen nimmt die Versorgungssicherheit mit Rohstoffen wieder einen bedeutsamen Stellenwert in der Diskussion ein. Im Mittelpunkt stehen heute Informationsaustausch und Transparenz auf den Rohstoffmärkten. Prägend in der aktuellen Auseinandersetzung ist die Kooperation von Wirtschaftsunternehmen und Politik. In dem Bewusstsein, dass die Rohstoffversorgung in erster Linie Aufgabe der Unternehmen ist, findet zwischen den Akteuren ein aktiver Gedankenaustausch statt, dessen Ziel eine gemeinsame Rohstoffstrategie ist. Die Aufgabe der Politik ist dabei, einen rechtlichen Rahmen zu gewährleisten, der den Unternehmen faire Handelsbedingungen auf dem Rohstoffmarkt bietet. Angesprochen sind hiermit zugleich wettbewerbsverzerrende Maßnahmen auf den Rohstoffmärkten. Die rohstoffverarbeitende Industrie sieht sich hier mit Subventionen, Exportverboten oder Handelsquoten vor allem seitens der Schwellenländer konfrontiert, was eine sichere Versorgung mit Rohstoffen zusätzlich erschwert.

Der vorliegende Beitrag soll einen Überblick über den Diskussionsstand geben. Ausgehend vom Problem der Knappheit, welches in einem ersten Abschnitt (Kapitel B) näher betrachtet wird und exemplarisch für metallische Rohstoffe am Beispiel Kupfer erfolgt, beschäftigt sich der zweite Abschnitt (Kapitel C) mit der Fragestellung, ob Versorgungssicherheit für rohstoffimportierende Staaten durch völkerrechtliche Roh-

¹ *Follath/Jung*, Der neue kalte Krieg, Kampf um die Rohstoffe, München 2006.

² *Schorkopf*, Internationale Rohstoffverwaltung, 233 (233).

³ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. Juli 2008, 11.

⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. September 2008, 13.

stoffabkommen erreicht werden kann. Zugleich werden aktuelle Tendenzen europäischer Politik vorgestellt. Die chinesische Rohstoffpolitik mit ihren Auswirkungen auf die Entwicklung rohstoffreicher Länder wird in Kapitel D kritisch beleuchtet, wobei die Analyse wettbewerbsverzerrender Maßnahmen unter welthandelsrechtlichen Aspekten nicht Gegenstand dieses Beitrags ist. Im abschließenden Kapitel E werden die aktuellen Aktivitäten der deutschen Industrie und Politik im Bereich der Versorgungssicherheit dargestellt.

B. Rohstoffknappheit und Verfügbarkeit von Rohstoffen

Die Debatte um eine sichere Versorgung mit Rohstoffen ist nicht neu. Seit jeher sind Staaten um eine sichere und preisgünstige Versorgung mit primären Rohstoffen bemüht. In den 1970er Jahren erreichte das Thema der Rohstoffversorgung aufgrund stark gestiegener Rohstoffpreise einen ersten Höhepunkt. In der aktuellen Diskussion wird die Bedeutung des Themas erneut deutlich. Ein Kernthema sicherer Rohstoffversorgung ist das Problem der Rohstoffknappheit, inhaltlich eng verbunden mit Aspekten der Rohstoffverfügbarkeit und des Rohstoffbedarfs. Knappheit bedeutet aus ökonomischer Sicht, dass die Nachfrage nach bestimmten Gütern deren freie Verfügbarkeit übersteigt. Natürliche Güter sind knapp, wenn deren Nachfrage durch die vorhandene Menge oder Qualität nicht hinreichend befriedigt werden kann und dadurch Verwendungskonkurrenzen entstehen.⁵ Rohstoffknappheit schlägt sich in steigenden Preisen nieder.⁶ Diese Entwicklung war bereits in den 1970er Jahren und ist seit 2003 wieder auf den internationalen Rohstoffmärkten zu beobachten.

Zunächst jedoch bedarf der Begriff des Rohstoffs in der hier verwendeten Bedeutung einer Klärung. Art. 56 Abs. 1 Havanna Charta (HC)⁷ definiert den Begriff des Rohstoffs als „jedes Erzeugnis der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft oder der Fischerei und jedes Mineral in seiner natürlichen Form oder in einer solchen Veredelung, die handelsüblich erforderlich ist, um es in bedeutenden Mengen im internationalen Handel absetzen zu können.“ Rohstoffe sind also, einfach ausgedrückt, in der Natur vorkommende Ausgangsstoffe, die in der Industrie verwendet werden.⁸ Hierzu zählen sowohl mineralische als auch agrarische Grundstoffe.⁹ Mineralische Rohstoffe haben sich durch geologische Prozesse gebildet und werden durch den Abbau von Lagerstätten gewonnen (Primärrohstoffe).¹⁰ In der vorliegenden Betrachtung sind die Erzminerale, die in Lagerstätten abgebaut werden und aus denen durch Aufbereitung Metalle gewonnen werden, vom Rohstoffbegriff somit erfasst. Daneben werden auch Sekun-

⁵ *Reszat*, Gemeinsame Naturgüter, 15.

⁶ *Bleischwitz*, in: Debiel/Messner/Nuscheler (Hrsg.), Globale Trends 2007, 305 (309).

⁷ Havanna Charta vom April 1948, Text erhältlich im Internet: <http://www.wto.org/english/docs_e/legal_e/havana_e.pdf> (besucht am 25.09.2008); Die Definition ist übernommen worden in Anlage I zu Art. XVI Abschnitt B Nr. 2 GATT 1947.

⁸ *Schorkopf*, Internationale Rohstoffverwaltung, 233 (235); auch Umweltbundesamt, Ressourcenverbrauch Deutschland, 7.

⁹ Auf agrarische Grundstoffe, die vorwiegend im Ernährungssektor verwendet werden, wird im Rahmen dieser Arbeit nicht weiter eingegangen.

¹⁰ *BDI*, Rohstoffsicherheit, 47.

därrohstoffe erfasst; Rohstoffe, die durch Recycling zum Ausgangsstoff für eine erneute Produktion werden.¹¹ Kupfer kann somit als mineralischer (metallischer) Grundstoff durch Abbau von Kupfererz aus Lagerstätten und durch die Verwertung von Schrott gewonnen werden. Rohstoffe, insbesondere metallische Rohstoffe sind die Grundlage vieler Industrieproduktionen. So findet Kupfer beispielsweise in der Elektro- und Kommunikationstechnik, im Bausektor, im Maschinenbau und der Automobilindustrie, aber auch im Kunsthandwerk und zur Herstellung von Münzen Verwendung. Werden Rohstoffe knapp oder sind diese nicht verfügbar, leiden primär importabhängige Industrien unter den steigenden Preisen.

Bereits in den 1970er Jahren wurde das Problem der Knappheit von Rohstoffen diskutiert. Im Zentrum der Diskussion, welche wesentlich durch die Studie des Club of Rome über die „Grenzen des Wachstums“ beeinflusst war, stand die absolute Knappheit, das heißt die vollkommene Erschöpfung nicht erneuerbarer Rohstoffe.¹² Die heutige Diskussion über die Knappheit von Rohstoffen, welche infolge massiver Preissteigerungen bei vielen Rohstoffen seit Beginn des 21. Jahrhunderts wieder intensiv geführt wird, zeigt eine differenziertere Betrachtung der Thematik. Bei der Bestimmung der Versorgungslage eines Rohstoffs ist nicht allein entscheidend, dass sich die Lagervorräte eines nicht erneuerbaren Rohstoffs vermindern. Vielmehr sind verschiedene Faktoren zu betrachten. Zu diesen gehören, neben den natürlichen Vorräten, auch die Investitionen in die Gewinnung mineralischer Rohstoffe, die Verteilung der Vorräte sowie der Produktion, die Preisentwicklung infolge von Angebot und Nachfrage sowie Substitutionsmöglichkeiten und die Recyclingrate.¹³ Aus dieser Perspektive analysiert, ergibt sich nicht eine zwingend physische Verknappung von Rohstoffen, sondern die relative Knappheit der Versorgung mit diesen. Unter relativer Knappheit sind vorübergehende Versorgungsengpässe zu verstehen, bei denen ein Rohstoff im Prinzip in ausreichender Menge vorhanden ist, aber die Nachfrage wegen fehlender Kapazitäten auf der Angebotsseite nicht in erforderlichem Maß bedient werden kann.¹⁴

I. Verfügbarkeit von Kupfer

Bei der Rohstoffverfügbarkeit ist zwischen den Reserven und den Ressourcen eines Rohstoffs zu unterscheiden. Unter Reserven sind die Vorräte an bekannten Lagerstätten zu verstehen, deren Abbau technisch möglich und wirtschaftlich ist.¹⁵ Als Ressourcen werden die Vorräte an Rohstoffen bezeichnet, die zwar nachgewiesen sind, deren Extraktion gegenwärtig jedoch nicht wirtschaftlich sinnvoll oder technisch nicht möglich ist, für die Zukunft aber erwartet wird.¹⁶ Die statische Reichweite eines Roh-

¹¹ *Schorkopf*, Internationale Rohstoffverwaltung, 233 (236).

¹² *Pelikahn*, Internationale Rohstoffabkommen, 43.

¹³ Siehe auch *ibid.*, 45.

¹⁴ *BMW*, Trends der Angebots- und Nachfragesituation bei mineralischen Rohstoffen, 9.

¹⁵ *Bleischwitz*, in: Debiel/Messner/Nuscheler (Hrsg.), Globale Trends 2007, 305 (306); *BMW*, Trends der Angebots- und Nachfragesituation bei mineralischen Rohstoffen, 12.

¹⁶ *Bleischwitz*, in: Debiel/Messner/Nuscheler (Hrsg.), Globale Trends 2007, 305 (306); *BMW*, Trends der Angebots- und Nachfragesituation bei mineralischen Rohstoffen, 12.

stoffs wird anhand der vorhandenen Reserven im Bezug zu einer dynamischen Jahresverbrauchsmenge errechnet¹⁷ und bietet nur eine Momentaufnahme.¹⁸ Die statische Reichweite lässt so nur Rückschlüsse auf den aktuellen Reservebestand zu. Über die tatsächliche Reichweite eines Rohstoffs kann keine endgültige Aussage getroffen werden. Durch Faktoren wie die Entdeckung bislang unbekannter Lagerstätten, noch nicht ausgereifte Technologien zum Abbau von bisher nicht explorierbaren Ressourcen sowie Preisentwicklungen und Nachfrageänderungen werden unwirtschaftliche oder unerreichbare Ressourcen zu Reserven. Hierdurch ändern sich wiederum die Versorgungslage und die statische Reichweite eines Rohstoffs.

Im Jahr 2004 wurden 14,6 Mio. t Kupfererz gefördert (>15 Mio. t Kupfererz im Jahr 2006¹⁹). Der Bestand der Reserven betrug 470 Mio. t, der Anteil der bekannten Ressourcen betrug >2.300 Mio. t. Dies ergibt eine statische Reichweite der Reserven von 32 Jahren. Die statische Reichweite der Ressourcen hingegen beträgt >158 Jahre.²⁰

Förderung, Reserven, Ressourcen und Reichweite von Kupfer

Förderung	Reserven	Ressourcen	Reichweite in Jahren	
			Reserven	Ressourcen
in Mio. t				
14,6	470	>2.300	32	>158

Quelle: BMWi, Trends der Angebots- und Nachfragesituation bei mineralischen Rohstoffen, 17.

Die statische Reichweite von Kupfer hat sich gegenüber der errechneten Reichweite von 40 Jahren im Jahr 1965 kaum geändert.²¹ Kupfer ist somit nicht physisch knapp.²² Die Ursachen der Preissteigerungen und der Verknappung auf den Weltrohstoffmärkten in den vergangenen Jahren sind folglich nicht geologischer Natur. Es gibt genügend Rohstoffvorkommen. Dennoch ist der Kupfermarkt durch steigende Preise und Versorgungsengpässe gekennzeichnet. Die Welt-Metallpreise sind seit 2003 um ein Vielfaches gestiegen. Der Kupferpreis erfährt insbesondere seit 2005 massive Preissteigerungen und hat sich derzeit auf einem hohen Niveau stabilisiert. Die folgenden Grafiken geben einen Überblick über die Preisentwicklung für Kupfer seit 2003 (Abb. 1) und die aktuellen Kupferpreise (Abb. 2).

¹⁷ *Bleischwitz*, in: Debiel/Messner/Nuscheler (Hrsg.), Globale Trends 2007, 305 (306).

¹⁸ *BMWi*, Trends der Angebots- und Nachfragesituation bei mineralischen Rohstoffen, 17.

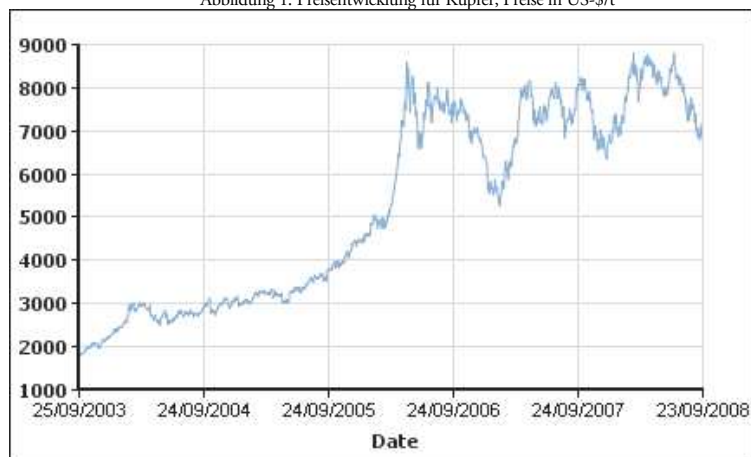
¹⁹ *BGR*, Rohstoffsituation 2006, 69; *ICSG*, Copper Factbook 64.

²⁰ *BMWi*, Trends der Angebots- und Nachfragesituation bei mineralischen Rohstoffen, 28: „Die Kupfervorkommen, die 0,0068% der Erdkruste ausmachen, würden theoretisch für 83 Mio. Verbrauchsjahre reichen“.

²¹ Quelle: *Ibid.*, 13; Der Reservebestand betrug 1972 308 Mio. t, ist somit noch gestiegen.

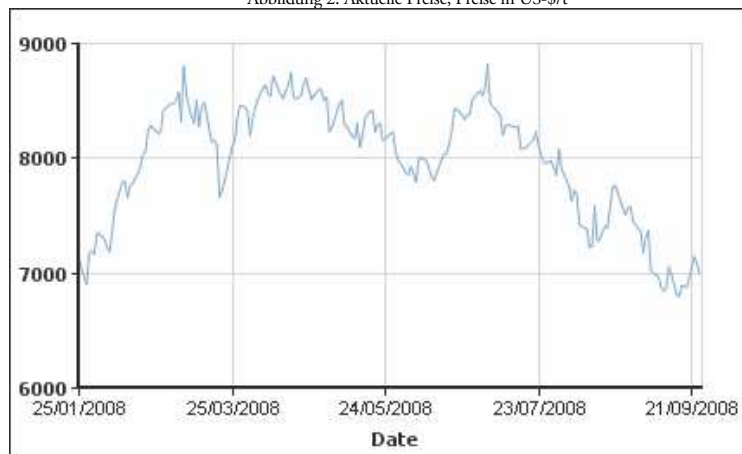
²² Dies gilt auch für die meisten anderen metallischen Rohstoffe. Siehe auch: *BDI*, Rohstoffsicherheit, 7; *SEF*, Fachworkshop Rohstoffknappheit, 5 f.; *Jung*, in Follath/Jung (Hrsg.), Der neue kalte Krieg, 84 (87 f.); *Bleischwitz*, in: Debiel/Messner/Nuscheler (Hrsg.), Globale Trends 2007, 305 (307).

Abbildung 1: Preisentwicklung für Kupfer, Preise in US-\$/t



Quelle: LME, <http://www.lme.co.uk/copper_graphs.asp>

Abbildung 2: Aktuelle Preise, Preise in US-\$/t



Quelle: LME, <http://www.lme.co.uk/copper_graphs.asp>

Die Preissteigerungen von 2003 bis 2008 betragen zeitweise über 6000 US-\$/t. Allein im Jahr 2006 stieg der Preis gegenüber dem Vorjahrespreis um 83%.²³ Immer wieder überschreitet der Preis die 8.000 US-\$ Grenze und erreicht damit regelmäßig neue Allzeithochs.

Für die Verknappung auf den Weltrohstoffmärkten, deren Indikator die gestiegenen Preise sind, müssen sich andere Ursachen finden lassen.

II. Relative Knappheit von Kupfer

1. Angebot und Nachfrage

Die massiven Preissteigerungen begleitend, ist eine stark angestiegene Nachfrage zu verzeichnen. Von einem weltweiten Kupferverbrauch von 7,46 Mio. t im Jahr 1975 stieg der Verbrauch im Jahr 1995 auf 12,08 Mio. t, im Jahr 2005 auf 16,74

²³ BGR, Rohstoffsituation 2006, 92.

Mio. t und im Jahr 2006 auf über 17 Mio. t.²⁴ Dem steht ein Anstieg der weltweiten Kupfererzförderung von 7,17 Mio. t im Jahr 1975 auf 10,07 Mio. t im Jahr 1995 und 15,05 Mio. t im Jahr 2005 gegenüber.²⁵ Entspannung ist auf den Weltrohstoffmärkten nicht zu erwarten. Die weltweite Nachfrage wird weiter steigen.²⁶ Hauptauslöser der sprunghaft angestiegenen Nachfrage sind nach übereinstimmender Auffassung der Rohstoffbedarf von Schwellenländern wie der Volksrepublik China (China), Indien oder Brasilien, aber auch eine weltweit gestiegene Nachfrage.²⁷ Der Rohstoffbedarf Chinas verwundert nicht. China erzielt seit den 1990er Jahren konstante Wachstumsraten seines Bruttoinlandsprodukts von über 10%.²⁸ Dennoch bleibt es noch immer ein Entwicklungs- bzw. Schwellenland, investiert aber intensiv in die Industrialisierung. Hierfür sind Rohstoffe unabdingbar. Diese werden in wichtigen Infrastrukturprojekten, aber auch in der Industrie, bspw. der Technologiebranche eingesetzt. Trotz zunehmender Erschließung eigener Rohstoffquellen ist China Nettoimporteur von Rohstoffen.²⁹ Im weltweiten Kupferverbrauch nimmt China die Führungsposition ein. 2004 betrug der chinesische Anteil am weltweiten Verbrauch 19,4% und stieg in den Jahren 2005 und 2006 mit über 3,6 Mio. t auf über 20%.³⁰ Gegenüber einem Verbrauch von 1,13 Mio. t im Jahr 1995 hat sich der chinesische Kupferverbrauch somit mehr als verdreifacht. Mit einem Anteil von 6,7% an der weltweiten Kupfernachfrage belegt Deutschland den vierten Platz, innerhalb der EU hält es die Spitzenposition inne.³¹

Der steigenden Nachfrage steht eine stagnierende Produktion gegenüber, die den Bedarf derzeit nicht zu decken vermag. Seine Ursache findet der Angebotsengpass darin, dass in den Niedrigpreisphasen vor 2003 Bergbaukapazitäten abgebaut wurden und Investitionen in die Erschließung neuer Lagerstätten und in neue Bergwerke unterblieben.³² Neuinvestitionen sind kapitalintensiv und mit einem hohen Risiko verbunden. Durch fehlenden Ausbau entstehen in Zeiten hoher Nachfrage infolge der geringen Flexibilität des Angebots jedoch Versorgungsengpässe. Die Produzenten können den steigenden Bedarf nicht zeitnah decken. Erst allmählich werden die er-

²⁴ *BMWi*, Trends der Angebots- und Nachfragesituation bei mineralischen Rohstoffen, 109; *BGR*, Rohstoffsituation 2006, 180.

²⁵ *BMWi*, Trends der Angebots- und Nachfragesituation bei mineralischen Rohstoffen, 112.

²⁶ *BDI*, Rohstoffsicherheit, 19, 47 ff.; *Wettig/Horn*, Welt-Metallmärkte 2004 bis 2006, 50; Public Consultation: The Competiveness of the European Metals Industry: the Impact of Raw Materials and Energy Supply, erhältlich im Internet <http://ec.europa.eu/enterprise/steel/public_consultation_rev7.pdf> (besucht am 25.09.2008).

²⁷ Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament über die Wettbewerbsfähigkeit der Metallindustrie vom 22. Februar 2008, SEK(2008)246; Europäisches Parlament, Entschließung des Europäischen Parlaments zum Handel mit Roh- und Grundstoffen vom 20. Mai 2008, 2008/2051, lit. O; *Bleischwitz*, in: Debiel/Messner/Nuscheler (Hrsg.), Globale Trends 2007, 305 (309); *BDI*, Rohstoffsicherheit, 7; *Wettig/Horn*, Welt-Metallmärkte 2004 bis 2006, 50; *SEF*, Fachworkshop Rohstoffknappheit, 10 f.

²⁸ *Franke*, Chinas Währungs politik, 10.

²⁹ *Bleischwitz*, in: Debiel/Messner/Nuscheler (Hrsg.), Globale Trends 2007, 305 (309); *BDI*, Rohstoffsicherheit, 51.

³⁰ *BMWi*, Trends der Angebots- und Nachfragesituation bei mineralischen Rohstoffen, 71; *Bleischwitz*, in: Debiel/Messner/Nuscheler (Hrsg.), Globale Trends 2007, 305 (309).

³¹ *BMWi*, Trends der Angebots- und Nachfragesituation bei mineralischen Rohstoffen, 108.

³² *Ibid.*, 94.

forderlichen Investitionen getätigt.³³ Bis eine Rohstoffquelle erschlossen ist und gewinnbringend produziert werden kann, vergehen jedoch bis zu 10 Jahre. Auch aus diesem Grund ist eine Entspannung auf den Rohstoffmärkten in kurzer Frist nicht zu erwarten. Hinzu kommt, dass Produktionsunterbrechungen in politisch instabilen Regionen, aus denen 50% der weltweit produzierten Rohstoffe stammen, Bürgerkriege und Korruption das Angebot zusätzlich vermindern.³⁴ Zudem verzerren Interventionen in den Rohstoffmarkt durch Subventionen, Handelsquoten oder spekulative Geschäfte zusätzlich den Wettbewerb. Kupfer ist daher derzeit als relativ knapper Rohstoff einzustufen.³⁵

2. Verteilung der Vorkommen und der Produktion

Ein weiterer Aspekt der relativen Rohstoffknappheit ist die Verteilung der Produktion und der Vorkommen. Eine hohe Konzentration von Vorkommen und Produktion, einem Anbieterkartell vergleichbar, führt zu abnehmendem Wettbewerb und kann, unter Ausnutzung der Marktmacht, zu weiteren Preissteigerungen führen. Auf der Angebotsseite haben die hohen Preise und Gewinne eine Fusions- und Übernahmewelle eingeleitet. Dies führt bereits bei einigen Rohstoffen zu einer hohen Konzentration auf wenige Länder und Unternehmen, denen es hierdurch möglich ist, auf die Preise strategischen Einfluss auszuüben.³⁶ Eine gesicherte Versorgung zu wettbewerbsbestimmten Preisen wird so zum Problem.

Deutschland fördert seit 1991 kein Kupfer mehr und ist daher zu 100% importabhängig.³⁷ Dadurch sind die deutsche Industrie und der Bestand von Arbeitsplätzen maßgeblich von den Entwicklungen auf den Rohstoffmärkten abhängig. Die weltweit größten Kupfererzvorkommen finden sich in Chile, den USA, Russland, Sambia und Zaire.³⁸ Die größten Kupfererzförderländer sind Chile, die USA, Australien, Peru und China mit einem Anteil von über 50%.³⁹ Insgesamt sind die Kupfererzvorkommen global verteilt und nicht auf wenige Vorkommen konzentriert. Auch die Förderung ist, trotz einer durch die Preishausse ausgelösten Fusionswelle, noch immer auf viele Unternehmen verteilt. Eine hohe Konzentration der Kupfererzvorkommen und -förderung ist somit bislang nicht zu verzeichnen.⁴⁰ Dennoch ist anzumerken, dass der Konzentrationsgrad zunimmt, indem große Produzentenunternehmen fusionieren oder kleinere Unternehmen aufkaufen.

³³ Siehe hierzu einen Überblick in *BGR*, Rohstoffsituation 2006, 69 ff.

³⁴ *BDI*, Rohstoffsicherheit, 54.

³⁵ Relative Knappheit ist insgesamt auf dem Markt für metallische Rohstoffe festzustellen.

³⁶ *Wettig/Horn*, Welt-Metallmärkte 2004 bis 2006, 50.

³⁷ *BMWi*, Trends der Angebots- und Nachfragesituation bei mineralischen Rohstoffen, 111.

³⁸ *Pelikahn*, Internationale Rohstoffabkommen, 43.

³⁹ *BMWi*, Trends der Angebots- und Nachfragesituation bei mineralischen Rohstoffen, 112.

⁴⁰ *Ibid.*, 112 f.

C. Sicherung des Rohstoffzugangs

Die Diskussion der Rohstoffknappheit führt zu der Frage einer gerechten Verteilung der Reserven. Auf die Vergrößerung des Angebots haben nur Produzentenstaaten einen Einfluss. Die Verbraucherstaaten können dem Problem der Knappheit nur begrenzt durch eine Verringerung ihres Bedarfs und ihres Verbrauchs entgegenzutreten, beispielsweise durch die stärkere Nutzung von Sekundärrohstoffen oder die Entwicklung effizienterer Technologien und den Einsatz von Substituten. Gerade für importabhängige Industrien wie Deutschland, aber auch der EU insgesamt, in denen Rohstoffe weiterverarbeitet und exportiert werden, ist die Rohstoffversorgungssicherheit daher ein zentrales Thema. Rohstoffversorgungssicherheit bedeutet für die Industriestaaten eine Versorgung in ausreichender Menge zu angemessenen Preisen.⁴¹ Erörtert werden hierzu rechtliche und politische Lösungsansätze einer gerechten Ressourcenverteilung. Einen Schwerpunkt der Diskussion stellt die Möglichkeit dar, gerechte Ressourcenverteilung über internationale bzw. völkerrechtliche Abkommen zu erreichen. Dies soll im Folgenden untersucht werden. Rohstoffabkommen spielen aus Sicht der Entwicklungsländer eine zentrale Rolle für die Stabilisierung der Preise. Mit deren Hilfe war es in der Vergangenheit möglich, Schwankungen der Rohstoffpreise in begrenztem Umfang zu vermindern. Auf lange Sicht scheiterten jedoch alle Versuche, gegen den Markt zu handeln und ein höheres Preisniveau durchzusetzen.⁴² Die Leistungsfähigkeit von Rohstoffabkommen ist daher fraglich.

Rohstoffabkommen sind zwischenstaatliche völkerrechtliche Abkommen, die internationale Märkte ordnen und lenken.⁴³ Sie haben die Beeinflussung des Preises von Grunderzeugnissen zum Gegenstand⁴⁴ und bezwecken die Sicherung und Ausweitung des Handels mit Rohstoffen.⁴⁵ Hierfür beinhalten die Abkommen verschiedene Interventionsmechanismen.⁴⁶ Durch gezielte Eingriffe in den Markt sollen das Weltmarktangebot und die Weltmarktnachfrage verändert werden.⁴⁷ Sie wirken dadurch den natürlichen Marktkräften entgegen. Die wesentlichen Aspekte der Abkommen, Restriktion und Stabilisierung⁴⁸, sollen durch Interventionsinstrumente wie Ausgleichslager für Interventionskäufe und -verkäufe, Angebotsregulierung durch Exportkontingentierung, Exportquoten, international koordinierte Vorratshaltung auf Länderbasis und multilaterale Kontrakte mit Lieferpflichten für Erzeuger mit fixierten Höchstpreisen und Abnahmepflichten für Verbraucher mit einer Mindestabnahmemenge erreicht werden.⁴⁹ Eine wesentliche Hürde für den Abschluss solcher Rohstoffabkommen sind die divergierenden Interessen von Industrie- und Entwicklungsländern, die

⁴¹ *Pelikahn*, Internationale Rohstoffabkommen, 80.

⁴² *Hoffmeyer* in: Hoffmeyer/Schrader/Tewes, Internationale Rohstoffabkommen, 1 (2 f., 11).

⁴³ *Weberpals*, Internationale Rohstoffabkommen, 8.

⁴⁴ *Seidl-Hohenveldern* in: Kaiser (Hrsg.), Planung IV, 281 (281).

⁴⁵ *Weberpals*, Internationale Rohstoffabkommen, 9.

⁴⁶ *Herdegen*, Internationales Wirtschaftsrecht, § 10 Rn. 2 f., *Ibid.*, 12.

⁴⁷ *Hoffmeyer* in: Hoffmeyer/Schrader/Tewes, Internationale Rohstoffabkommen, 1 (24).

⁴⁸ *Keynes*, JIE 1974, 299 (299).

⁴⁹ *Hoffmeyer* in: Hoffmeyer/Schrader/Tewes, Internationale Rohstoffabkommen, 1 (26 ff.); *Weberpals*, Internationale Rohstoffabkommen, 12.

sich in den Abkommen zusammenschließen. Entwicklungsländer erheben den Anspruch auf Souveränität des Zugriffs auf Rohstoffe. Sie sind vordergründig an stabilen Preisen und Erlösen interessiert. Industriestaaten hingegen beanspruchen einen sicheren Zugang zu Rohstoffen unter Beschränkung der staatlichen Souveränität.⁵⁰

I. Geschichte der Rohstoffabkommen

1. Entwicklung der Rohstoffabkommen bis zur Nachkriegszeit

Die Geschichte der Rohstoffabkommen beginnt bereits in der Zeit der Wende zum 20. Jahrhundert, einer Zeit des Freihandels. Die ersten Abkommen in dieser Zeit wurden überwiegend als private Abmachungen geschlossen⁵¹ und hatten die Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen zum Ziel.⁵² Vereinzelt gab es bereits völkerrechtliche Abkommen über Rohstoffe. Mit der Pariser Zuckerkonvention von 1864 wurde das erste zwischenstaatliche Rohstoffabkommen geschlossen. Die Brüsseler Zuckerkonvention von 1902 sah als erstes internationales Abkommen die Gründung einer internationalen Rohstofforganisation vor.⁵³ Die Abkommen in dieser ersten Phase der Entstehung völkerrechtlicher Rohstoffabkommen bezweckten, den Markt und die Preise zu stabilisieren und zugleich das freie Spiel der Marktkräfte aufrechtzuerhalten.⁵⁴ Marktverzerrungen durch vielfach gewährte Subventionen sollten verhindert werden. In der Zeit nach dem ersten Weltkrieg, die durch ein Überangebot auf den Rohstoffmärkten und geringe Marktmacht der einzelnen Anbieter gekennzeichnet war, wurden überwiegend Produzentenabsprachen als Privatkartelle zur Stabilisierung der Preise abgeschlossen. Die Preise sollten durch Produktions- und Ausfuhrquoten stabilisiert werden.⁵⁵ Die Marktstrukturen wandelten sich dadurch von einer Marktwirtschaft zu einer eher planwirtschaftlichen, protektionistischen Struktur.⁵⁶ Die Kartelle waren jedoch wenig erfolgreich und scheiterten endgültig mit der Weltwirtschaftskrise. In den 1930er Jahren begann daraufhin eine Phase, in der die staatliche Einflussnahme auf den Markt vorherrschend war. Es wurden vermehrt zwischenstaatliche Abkommen, nun auch unter Beteiligung der Importstaaten, geschlossen.⁵⁷ Zielsetzung der Abkommen waren in erster Linie die Bekämpfung der Überschussproduktion und die Sicherung stabiler Preise.

Nach dem zweiten Weltkrieg rückte der Gedanke eines fairen und freien Welt Handels für Rohstoffe in den Vordergrund. Die Staaten sollten sich auf ein Minimum an Intervention beschränken, außenwirtschaftliche Beschränkungen sollten abgebaut

⁵⁰ *Genius-Devime*, Bedeutung und Grenzen des Erbes der Menschheit, 84.

⁵¹ *Gramlich*, VRÜ 1987, 486 (488).

⁵² *Ibid.*, 486 (488).

⁵³ *Pelikahn*, Internationale Rohstoffabkommen, 490 f.

⁵⁴ *Seidl-Hohenveldern* in: Kaiser (Hrsg.), Planung IV, 281 (283).

⁵⁵ *Schorkopf*, Internationale Rohstoffverwaltung, 233 (242); *Wenzel*, Recht der internationalen Rohstoffabkommen, 6; *Pelikahn*, Internationale Rohstoffabkommen, 94.

⁵⁶ *Seidl-Hohenveldern* in: Kaiser (Hrsg.), Planung IV, 281 (283).

⁵⁷ *Weiss* in Tietje (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, § 6 Rn. 8 f.

werden.⁵⁸ Bereits in der *Atlantik Charta* 1941⁵⁹ war dies verankert. Die *Atlantik Charta* verurteilte die protektionistischen Strukturen der Weltordnung. Mit ihr wurden allen Staaten die Beteiligung am Welthandel und der Zugang zu Rohstoffen unter gleichen Bedingungen in Aussicht gestellt:

Atlantic Charta Vierter Erwägungsgrund: "Fourth, they will endeavor, with due respect for their existing obligations, to further the enjoyment by all States, great or small, victor or vanquished, of access, on equal terms, to the trade and to the raw materials of the world which are needed for their economic prosperity."

Zugleich war man sich aber der Missbrauchsmöglichkeiten in einseitigen Rohstoffabkommen bewusst, weshalb in den Verhandlungen für eine Internationale Handelsorganisation (ITO) die gleichberechtigte Mitwirkung von Verbraucher- und Erzeugerländern an einer Regulierung der Rohstofffrage angestrebt wurde.⁶⁰ Die *Havanna Charta*⁶¹ bildete den Abschluss der Verhandlungen nach dem zweiten Weltkrieg. Sie enthielt in Kapitel VI umfangreiche Regelungen über Rohstoffe und legte Grundsätze für Rohstoffübereinkommen fest. Sie war auf Missbrauchsvermeidung gerichtet. Mit der *Havanna Charta* wurden Privatkartelle, die als untaugliche Mittel zur Preisstabilisierung angesehen wurden, bekämpft.⁶² Die Charta selbst traf explizit nur Regelungen über zwischenstaatliche Rohstoff- und Rohstoffkontrollabkommen. Ziel der zukünftigen Abkommen, die in der *Havanna Charta* nur noch als Ausnahmen vorgesehen waren, sollte es sein, wirtschaftliche Schwierigkeiten zu mildern oder zu verhindern und zwar für den Fall, dass die Marktkräfte dies vorübergehend nicht selbst regeln konnten, Art. 57 a) HC. Wesentlich war, dass sich angemessene Preise über das freie Spiel der Marktkräfte von Angebot und Nachfrage bilden sollten, Art. 57 c) HC. Die *Havanna Charta* schlug so einen Mittelweg zwischen der vollständigen Ablehnung marktlenkender Eingriffe und der Befürwortung eines internationalen Regulierungsmechanismus ein.⁶³ Dies spiegelt Art. 55 HC wider:

„The Members recognize that the conditions under which some primary commodities are produced, exchanged and consumed are such that international trade in these commodities may be affected by special difficulties such as the tendency towards persistent disequilibrium between production and consumption, the accumulation of burdensome stocks and pronounced fluctuations in prices. These special difficulties may have serious adverse effects on the interests of producers and consumers, as well as widespread repercussions jeopardizing the general policy of economic expansion. The Members recognize that such difficulties may, at times, necessitate special treatment of the international trade in such commodities through inter-governmental agreement.“

⁵⁸ Köpernik, JuS 1976, 634 (635); Pelikahn, Internationale Rohstoffabkommen, 94.

⁵⁹ Atlantik Charta vom 14. August 1941, Text erhältlich im Internet: <<http://usinfo.state.gov/infousa/government/overview/53.html>> (besucht am 28. September 2008).

⁶⁰ Gramlich, VRÜ 1987, 486 (488 f.).

⁶¹ Havanna Charta vom 24. März 1948, Text erhältlich im Internet: <http://www.wto.org/english/docs_e/legal_e/prevto_legal_e.htm> (besucht am 28. September 2008).

⁶² Seidl-Hohenveldern in: Kaiser (Hrsg.), Planung IV, 281 (284).

⁶³ Gramlich, VRÜ 1987, 486 (489); Maizels, Commodities in Crisis, 105.

Auffallend ist, dass in der Charta keine Regelungen getroffen wurden, die bestimmte Rohstoffabkommen betreffen. Vielmehr wurden allgemeine Voraussetzungen für den Abschluss von Rohstoffabkommen formuliert.

Aufgrund der fehlenden Ratifizierung seitens der USA trat die *Havanna Charta* nie in Kraft. Sie blieb jedoch nicht völlig wirkungslos. Das GATT 1947⁶⁴, in der Zeit der Verhandlungen zur *Havanna Charta* unterzeichnet, enthielt zunächst keine eigenständigen Rohstoffregelungen. Es nahm die *Havanna Charta* jedoch durch eine Verweisungskette in Bezug, wodurch ein Kriterienkatalog zum Abschluss von Rohstoffabkommen erstmals verbindlich wurde. Art. XX lit. h GATT 1947⁶⁵ bestimmt, dass trotz des Verbots willkürlicher und ungerechtfertigter Diskriminierung und des Verbots der verschleierte Beschränkung des internationalen Handels „Maßnahmen zur Durchführung von Verpflichtungen im Rahmen eines zwischenstaatlichen Grundstoffabkommens“ beschlossen und durchgeführt werden dürfen, wenn diese entweder „bestimmten, den VERTRAGSPARTEIEN vorgelegten und von diesen nicht abgelehnten Merkmalen“ entsprechen oder wenn das Grundstoffabkommen „den VERTRAGSPARTEIEN vorgelegt und nicht abgelehnt wird.“ Anlage I zu lit. h bestimmt, dass die in Art. XX GATT vorgesehene Ausnahme für Grundstoffabkommen nur gilt, wenn die Abkommen den Grundsätzen der EntschlieÙung Nr. 30 (IV) vom 28. März 1947 des Wirtschafts- und Sozialrats der UNO (ECOSOC)⁶⁶ entsprechen. Hierüber erlangen die „*General Principles governing Commodity Agreements*“ des Art. 60 HC Geltungswirkung. Diese Voraussetzungen gelten bis heute fort. Rohstoffabkommen oder Maßnahmen zu deren Durchführung sind somit nur GATT-konform, wenn sie die Voraussetzungen des Art. XX lit. h erfüllen und den Allgemeinen Prinzipien der HC und der EntschlieÙung Nr. 30 (IV) ECOSOC entsprechen. Im Wesentlichen müssen Rohstoffabkommen allen Staaten zum Beitritt offen stehen. Sie müssen geeignet sein, ernsthafte wirtschaftliche Schwierigkeiten zu bekämpfen, die der Markt nicht schnell genug ausgleichen kann, stabile Preise und Erträge sichern und knappe Rohstoffe gerecht verteilen können.⁶⁷ Daneben eröffnet Art. XX lit. h GATT den VERTRAGSPARTEIEN die Möglichkeit, allgemeine Kriterien für Rohstoffabkommen zu formulieren. Solche wurden durch die VERTRAGSPARTEIEN jedoch nie formu-

⁶⁴ Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen 1947 vom 30. Oktober 1947, in: Tietje (Hrsg.), *Welthandelsorganisation*, 3. Auflage, 2005, 16 ff.

⁶⁵ Wortlaut des Art. XX lit. h GATT 1947 in der vom 1. März 1969 geltenden Fassung: „1. Unter dem Vorbehalt, dass die folgenden Maßnahmen nicht so angewendet werden, dass sie zu einer willkürlichen und ungerechtfertigten Diskriminierung zwischen den Ländern, in denen gleiche Verhältnisse bestehen, oder zu einer verschleierte Beschränkung des internationalen Handels führen, darf eine Bestimmung dieses Abkommens so ausgelegt werden, dass sie eine Vertragspartei daran hindert, folgende Maßnahmen zu beschließen oder durchzuführen: [...] h) Maßnahmen zur Durchführung von Verpflichtungen im Rahmen eines zwischenstaatlichen Grundstoffabkommens, das bestimmten, den VERTRAGSPARTEIEN vorgelegten und von ihnen nicht abgelehnten Merkmalen entspricht oder das selbst den VERTRAGSPARTEIEN vorgelegt und von ihnen nicht abgelehnt wird; [...]“.

⁶⁶ Text abgedruckt in *Krappel*, *Havanna Charta*, 29; auch erhältlich im Internet: <http://www.un.org/ecosoc/docs/resdec1946_2000.asp> (besucht am 24. Februar 2009).

⁶⁷ Siehe zu den allgemeinen Grundsätzen *Pelikahn*, *Internationale Rohstoffabkommen*, 118 f.

liert. Auch ein entsprechendes Rohstoffabkommen wurde nie vorgelegt, so dass eine GATT-Konformitätsprüfung nie durchgeführt wurde.⁶⁸

Mit dem Beginn der Dekolonisation nach dem Ende des zweiten Weltkrieges erlangten die Entwicklungsländer neues Selbstbewusstsein. Zu ihrer neu gewonnenen Unabhängigkeit kam hinzu, dass sie nun selbst über ihre Ressourcenvorkommen verfügen wollten. Das Prinzip der staatlichen Souveränität über natürliche Ressourcen gewann zunehmend an Bedeutung. So wurde in UN-Resolutionen wiederholt betont, dass jeder Staat zur Nutzung seiner natürlichen Ressourcen berechtigt ist.

Art. 2 Abs. 1 der *Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten von Staaten* lautet⁶⁹:

„Jeder Staat hat die volle und ständige Souveränität einschließlich des Besitz- und des Nutzungs- und des Verfügungsrechts über alle seine Reichtümer, Naturschätze und wirtschaftlichen Betätigungen und übt diese Souveränität ungehindert aus.“

In der *Erklärung über die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung*⁷⁰ heißt es: „4. Die neue Weltwirtschaftsordnung soll auf der uneingeschränkten Achtung vor den folgenden Grundsätzen beruhen:

e) volle und ständige Souveränität jedes Staates über seine natürlichen Hilfsquellen und seine gesamte wirtschaftliche Tätigkeit. Zum Schutz dieser natürlichen Hilfsquellen hat jeder Staat das Recht, eine wirksame Kontrolle über sie und ihre Ausbeutung auszuüben [...].“

Der *Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte*⁷¹ und der *Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte*⁷² bestimmen wortgleich in Art. 1:

„(1) Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. [...]

(2) Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen, [...].“

Diese Entwicklung ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass in den ehemaligen Kolonien die früheren Kolonialherren sich umfangreiche Nutzungsrechte an den Ressourcen gesichert hatten,⁷³ um so auch nach Beendigung der Kolonialzeit auf die Vorkommen direkt zugreifen zu können. Die Entwicklungsländer standen dadurch vor dem Problem, sich neben ihrer Unabhängigkeit auch die wirtschaftliche Kontrolle über ihre Ressourcen erkämpfen zu müssen. Für diese Länder war und ist kennzeichnend, dass die Rohstoffvorkommen die einzige Einnahmequelle darstellen. Bis heute ist die Exportwirtschaft der afrikanischen Staaten von wenigen Gütern abhängig und

⁶⁸ Weiss in Tietje (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, § 6 Rn. 16; Pelikahn, Internationale Rohstoffabkommen, 109.

⁶⁹ Vereinte Nationen, Entschließung Nr. 3281, Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten vom 12. Dezember 1974, BT-Drucksache 7/4293, 76.

⁷⁰ Vereinte Nationen, Entschließungen Nr. 3201 und 3202, Erklärung und Aktionsprogramm über die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung vom 1. Mai 1974, BT-Drucksache 7/4293, 61.

⁷¹ Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 19. Dezember 1966, BGBl. 1973 II, 1570.

⁷² Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 16. Dezember 1966, BGBl. 1973 II, 1534.

⁷³ Reszat, Gemeinsame Naturgüter, 115.

wenig diversifiziert. So wendeten sich die Entwicklungsländer auch ganz entschieden gegen die *Havanna Charta*, um mithilfe von Rohstoffabkommen höhere Preise durchsetzen zu können. Ganz wesentlich wurde die Forderung höherer Preise von der UNCTAD unterstützt und vorgebracht. Die UNCTAD wurde 1964 gegründet und beschäftigte sich mit Rohstofffragen nun unter Einbeziehung entwicklungspolitischer Aspekte. Durch die UNCTAD konnten die Entwicklungsländer geschlossen auftreten und ihren Forderungen nach angemessenen Preisen und Absatzchancen Nachdruck verleihen. Rohstoffabkommen sollten nach ihrer Auffassung der Durchsetzung höherer Preise und stabiler Erlöse dienen und nicht allein Gleichgewichtsstörungen ausgleichen.⁷⁴ Die Industriestaaten reagierten 1966 auf diese Entwicklung mit der Erweiterung des GATT um einen vierten Teil, der den Entwicklungsländern günstigere Bedingungen zu den Weltmärkten garantieren sollte. Art. XXXVI:4 GATT formuliert:

„Angesichts der fortdauernden Abhängigkeit vieler weniger entwickelter Vertragsparteien von der Ausfuhr einer begrenzten Anzahl von Grundstoffen, ist es notwendig, diesen Erzeugnissen, soweit irgend möglich, günstigere und annehmbare Bedingungen für den Zugang zu den Weltmärkten zu verschaffen [...] insbesondere Maßnahmen zur Erzielung stabiler, angemessener und lohnender Preise [zu erarbeiten] [...].“

Die Erweiterung bedeutete zugleich die Abkehr von der *Havanna Charta*, die die Möglichkeit von Rohstoffabkommen nur als Ausnahme anerkannte. Teil IV des GATT stellt die Notwendigkeit von Maßnahmen, die den Rohstoffmarkt stabilisieren, heraus. Art. XXXVIII:2 (a) formuliert:

„Die VERTRAGSPARTEIEN werden insbesondere in geeigneten Fällen handeln – unter anderem mittels völkerrechtlicher Übereinkünfte –, um den Grundstoffen, [...] verbesserte und annehmbare Bedingungen für den Zugang zu den Weltmärkten zu verschaffen [...].“

Die Erweiterung des GATT bewirkte jedoch wenig. Neue Rohstoffabkommen, die an den Maßstäben des GATT zu messen wären, wurden nicht geschlossen.

Kennzeichnend ist für die Phase der Entwicklung von Rohstoffabkommen seit dem Ende des zweiten Weltkriegs, dass diese nicht mehr vordergründig marktinterventionistisch ausgerichtet waren. Die Marktordnung sollte nach Auffassung der Industrieländer fair und frei sein, weshalb eine Abkehr von den protektionistischen Maßnahmen der 1930er Jahre stattfand. Rohstoffabkommen waren zunächst nur noch als Ausnahmen in der *Havanna Charta* und dem GATT vorgesehen und es wurden Kriterien entwickelt, denen die Abkommen entsprechen mussten. Sie sollten in erster Linie Marktungleichgewichte ausgleichen, wenn der Markt nicht selbst dazu in der Lage sei. Stabile Preise sollten garantiert werden. Mit dem Erstarken der Entwicklungsländer, die die staatliche Souveränität über natürliche Ressourcen betonten, kamen weitere Zielsetzungen hinzu. Die Entwicklungsländer betonten die Notwendigkeit von Rohstoffabkommen, um angemessene und lohnende Erlöse durchsetzen zu können, was schließlich im GATT verankert wurde. Die Rohstofffrage wurde zunehmend unter entwicklungspolitischen Aspekten diskutiert. Zu nachhaltigen Verän-

⁷⁴ Weiss in Tietje (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, § 6 Rn. 20.

derungen auf dem Rohstoffmarkt kam es dennoch nicht, da nur wenige neue Abkommen geschlossen wurden.

2. Die Krise der 1970er Jahre und die Neue Weltwirtschaftsordnung

Mit der Forderung nach höheren Preisen und in der OPEC ein funktionierendes Rohstoffabkommen vor Augen, entstand die Vorstellung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung. Die Entwicklungsländer strebten eine Neue Weltwirtschaftsordnung an, da das System des freien Handels einer gerechten Verteilung des Wohlstands entgegenstehe.⁷⁵ Gleichsam als Ausgleich der in der Kolonialzeit erlittenen Ausbeutung verlangten sie nach einer Regulierung der Rohstoffmärkte, um höhere Exporterlöse zu generieren. Damit wurde verstärkt die liberale Marktordnung angegriffen. Die Neue Weltwirtschaftsordnung sollte interventionistische Elemente planwirtschaftlicher Lenkung zulassen. Dieses Verlangen der Entwicklungsländer beruhte auf einer stetigen Verschlechterung der Terms of Trade zu Lasten der Entwicklungsländer in den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg, in der die Rohstoffpreise langsamer stiegen als die Preise für Industriewaren.⁷⁶ Die Hauptforderungen zur Schaffung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung waren hinsichtlich des Rohstoffbereichs die Verstaatlichung ausländischer Unternehmen nach nationalem Recht, höhere Erlöse zum Ausgleich der sich verschlechternden Terms of Trade und die Billigung von Produzentenkartellen.⁷⁷ Mit ihren Forderungen stellten sich die Entwicklungsländer dem GATT entgegen, da sich die Grundkonzeptionen von GATT und Rohstoffabkommen widersprechen.⁷⁸ Das GATT zielt auf den Abbau von Zöllen und Handelsschranken und bezweckt, den Markt von Restriktionen und Diskriminierungen zu befreien. Rohstoffabkommen hingegen wirken restriktiv durch Quoten- und Preissysteme und stehen damit im Widerspruch zum Konzept des freien Handels des GATT. Sie sind im GATT nur als Ausnahmen vorgesehen, wenn sie notwendig sind und nicht zu einer willkürlichen und ungerechtfertigten Diskriminierung führen. Dem Wunsch nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung entgegneten die Industrieländer daher mit Skepsis. Die Probleme der bestehenden Ordnung waren nach ihrer Auffassung nicht so gravierend, dass sie einen Wechsel von einer marktbestimmten Ordnung zu einer zentral verwalteten Ordnung rechtfertigen würden.⁷⁹

Die Debatte führte schließlich zur Verabschiedung der *Erklärung über die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung*.⁸⁰ Nur kurze Zeit später wurde die *Charta über die wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten*⁸¹ von der UN-Generalversammlung verabschiedet. Die *Erklärung über die Errichtung einer neuen*

⁷⁵ Köpernik, JuS 1976, 634 (636); BMWi, Fragen einer neuen Weltwirtschaftsordnung, 1; Kemper, Neue Weltwirtschaftsordnung, 53 f.

⁷⁶ Köpernik, JuS 1977, 367 (370): Die Preise für Kupfer hingegen stiegen schneller als die Preise für Fertigwaren.

⁷⁷ Hasenpflug, Wirtschaftsdienst 1975, 226 (227 f.); Stecher, Europa-Archiv 1981, 57 (58).

⁷⁸ Weberpals, Internationale Rohstoffabkommen, 25.

⁷⁹ BMWi, Fragen einer neuen Weltwirtschaftsordnung, 59.

⁸⁰ Siehe Fn. 70.

⁸¹ Siehe Fn. 69.

Weltwirtschaftsordnung beinhaltete die Zielsetzung, auf eine gerechte neue Wirtschaftsordnung hinzuwirken. Sie umfasste zugleich ein Aktionsprogramm, um die Anwendung der Erklärung sicherzustellen. Die *Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten* sollte ein weiteres Instrument sein, die Errichtung einer neuen Ordnung zu fördern. Die Dokumente, welche rechtlich nie bindend waren,⁸² nehmen zur Bildung von Rohstoffkartellen Stellung und stützen die Interessen der Entwicklungsländer.

Art. 5 Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten von Staaten: „Alle Staaten haben das Recht, sich in Organisationen von Grundstoffherzeugern zusammenzuschließen, um ihre nationalen Volkswirtschaften zu entwickeln und dadurch eine stabile Finanzierung ihrer Entwicklung zu erreichen [...].“

Art. 5 der Charta enthält entgegen den Vorstellungen der Industriestaaten das Recht aller Staaten zur Kartellbildung zur Förderung eigener volkswirtschaftlicher Interessen sowie zur Durchsetzung globaler Interessen.⁸³ Zum anderen wirkt er auf gerechte Preise für Entwicklungsländer hin.⁸⁴ Auch Absatz 4 lit. j der Erklärung über die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung erkennt das Interesse der Entwicklungsländer nach höheren Rohstoffpreisen an:

„4. Die neue Weltwirtschaft soll auf der uneingeschränkten Achtung vor den folgenden Grundsätzen beruhen:

j) gerechte und faire Relationen zwischen den Preisen von Rohstoffen, Grundstoffen, Fertigwaren und Halbfertigwaren, die von Entwicklungsländern ausgeführt werden, und den Preisen von Rohstoffen, Grundstoffen, Fertigwaren, Investitionsgütern und Ausrüstungen, die von ihnen eingeführt werden, mit dem Ziel einer nachhaltigen Verbesserung ihrer unbefriedigenden Austauschrelationen sowie der Erweiterung der Weltwirtschaft.“

Dieser Absatz benennt das Erfordernis gerechter Preisrelationen von importierten und exportierten Rohstoffen zur Verbesserung der bestehenden „unbefriedigenden Handelsbedingungen“ zu Lasten der Entwicklungsländer. Eine Änderung der Handelsbedingungen bedeutet jedoch, Handelsvorteile der Industrieländer entscheidend einzugrenzen, um Vorteile auf der Seite der Entwicklungsländer generieren zu können,⁸⁵ so dass es bemerkenswert ist, dass die Industrieländer für die Erklärung stimmten. Bei genauerer Betrachtung des Abstimmungsergebnisses wird jedoch deutlich, dass die Bereitschaft der Industrieländer zu einer Neuordnung des weltwirtschaftlichen Systems und damit einhergehenden Einbußen von Handelsvorteilen recht begrenzt war. Die *Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten* wurde mit sechs Gegenstimmen angenommen, unter denen drei der wichtigsten G7-Staaten und Kreditgeber waren, die USA, Großbritannien und Deutschland, und war so von vornherein zum Scheitern verurteilt.⁸⁶

⁸² Herdegen, Internationales Wirtschaftsrecht, § 3 Rn. 77 ff.

⁸³ Winter, Entwicklungspolitik, Kapitel 4.2.

⁸⁴ Gramlich, VRÜ 1987, 486 (490).

⁸⁵ Winter, Entwicklungspolitik, Kapitel 4.2.

⁸⁶ *Ibid.*, Kapitel 4.3.

Die Rohstoffpolitik wurde dennoch mit der *Erklärung über die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung* verstärkt entwicklungspolitisch betrachtet und eingebunden. Dies bringt die Erklärung sehr deutlich zum Ausdruck:

„2. Die gegenwärtige Wirtschaftsordnung steht in direktem Gegensatz zu den derzeitigen Entwicklungen in den internationalen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen. [...] Die sich entwickelnde Welt ist zu einem machtvollen Faktor geworden, der seinen Einfluss auf allen Gebieten internationaler Tätigkeit geltend macht. Diese unumstößlichen Wandlungen im Kräfteverhältnis der Welt machen es erforderlich, dass die Entwicklungsländer aktiv, in vollem Umfang und gleichberechtigt an der Formulierung und Anwendung aller die internationale Gemeinschaft berührenden Entscheidungen teilnehmen.

3. [...] Die jüngsten Ereignisse haben klar erkennbar werden lassen, dass die Interessen der entwickelten Länder und die der Entwicklungsländer untrennbar geworden sind; dass es eine enge Wechselbeziehung zwischen dem Wohlstand der entwickelten und dem Wachstum und der Entwicklung der Entwicklungsländer gibt, und dass der Wohlstand der Völkergemeinschaft als Ganzes vom Wohlstand ihrer einzelnen, sie begründenden Teile abhängt.“

Im Abs. 1:1 lit. b des Aktionsprogramms⁸⁷ heißt es:

„1. Alle Anstrengungen sollen unternommen werden, um
b) Maßnahmen zur Wiedergewinnung, Ausbeutung, Entwicklung, Vermarktung und Verteilung der natürlichen Hilfsquellen, insbesondere der Entwicklungsländer, zu ergreifen, die ihren nationalen Interessen dienen und ihr gemeinsames Selbstvertrauen kräftigen, und die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit zu gegenseitigem Nutzen zu stärken mit dem Ziel einer beschleunigten Entwicklung der Entwicklungsländer.“

Weiterhin enthält die Erklärung, insbesondere aber das zugehörige Aktionsprogramm, Maßnahmevorschläge zum Umgang mit Rohstoffproblemen. Umfasst sind der Fortschritt der Entwicklungsländer, Erzeugervereinigungen, ein faires und gerechtes Preisverhältnis der Rohstoffe, die Ausweitung des Handels, die Verarbeitung von Rohstoffen in den Entwicklungsländern und die Stabilisation der Preise. Zusammenfassend ist festzustellen, dass die *Erklärung über die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung* und die *Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten von Staaten* die Grundlagen für eine Neue Weltwirtschaftsordnung legen sollten, die wesentlich den Entwicklungsländern zu Gute kommen sollte.

Vor diesem Hintergrund schlugen die Entwicklungsländer 1974 ein *Integriertes Rohstoffprogramm*⁸⁸ vor. Das Programm beinhaltete eine gemeinsame internationale Rohstoffpolitik der Erzeuger- und Verbraucherländer.⁸⁹ Inhaltlich wandte sich das Programm von Kartellen ab und sah internationale Abkommen zur Preiserhöhung und -stabilisierung vor. Für 18 Rohstoffe⁹⁰ sollten zwischen Erzeugern und Verbrauchern Rohstoffabkommen verhandelt werden, die in ein Gerüst von Marktregelun-

⁸⁷ Siehe Fn. 70.

⁸⁸ UNCTAD, Integriertes Rohstoffprogramm vom 30. Mai 1976, Resolution 93 (IV), Text abgedruckt in: Europa-Archiv, 16 (1976), 412 ff.

⁸⁹ Siehe die Erwägungsgründe der Resolution 93 (IV).

⁹⁰ Unter diesen auch Kupfer. Für Kupfer wurde weder in der Folgezeit, noch in der Zeit vor Lomé ein Abkommen geschlossen.

gen, welches das Programm vorsah, eingebettet werden sollten. Im Wesentlichen hielt das Programm folgende Rohstoff-Marktregelungen bereit, die nach der jeweiligen Besonderheit des Rohstoffs zur Anwendung kommen konnten: ein System von internationalen Ausgleichslagern (buffer stock), ein System multilateraler Versorgungs- und Abnahmeverpflichtungen, Preisvereinbarungen, Ausgleichszahlungen und die Aushandlung eines Gemeinsamen Fonds, Nr. III des Integrierten Rohstoffprogramms. In den Industrieländern stieß der Plan von Ausgleichslagern auf herbe Kritik. Ausgleichslager sind Einrichtungen, die bei bestimmten Preisen Rohstoffe kaufen oder verkaufen, um auf diese Weise Schwankungen der Rohstoffpreise zu glätten.⁹¹ Ein solches Lager erfordert liquide Mittel und Raum für Vorratshaltung. Die hierbei entstehenden Kosten sind erheblich und verurteilten letztlich das Zinnabkommen zum Scheitern.⁹²

Die nächsten Schritte auf dem Weg zur Durchsetzung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung waren die Abkommen von *Lomé*. Diese enthielten ein Regelungssystem (SYSMIN) zur Stabilisierung des Handels mit mineralischen Rohstoffen. SYSMIN sah Beihilfen im Bergbausektor vor, wenn dessen Überlebensfähigkeit gefährdet war. Hierdurch sollten nicht Preise, sondern Einnahmen gesichert werden. Mit den *Lomé*-Abkommen wurde der entwicklungspolitische Aspekt der Rohstoffpolitik noch stärker betont. Im Ergebnis aber haben die *Lomé*-Abkommen ihr Ziel verfehlt. SYSMIN diente in erster Linie den Interessen der EU und hat eine Diversifizierung der Produktion in den Entwicklungsländern noch gehemmt.⁹³

Die Neue Weltwirtschaftsordnung und das Integrierte Rohstoffprogramm konnten sich am Ende nicht durchsetzen. Trotz aller Bemühungen wurden in der Zeit ab den 1970er Jahren nur wenige Abkommen geschlossen. Dies ist darauf zurück zu führen, dass die Rohstoffpreise stark fielen und die Industrieländer keine Bereitschaft zeigten, sich vertraglich binden zu wollen.⁹⁴ Die widerstreitenden Interessen der Erzeuger- und Verbraucherländer konnten keiner Lösung zugeführt werden. Dennoch bewirkte die Diskussion, dass das Thema einer gerechten Rohstoffverteilung ins Blickfeld gerückt wurde.

3. Die Entwicklungen in den 1980er und 1990er Jahren

Die meisten Versuche eines internationalen Rohstoffregimes sind gescheitert.⁹⁵ Weder die Rohstoffkartelle in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, noch die *Havana Charta* oder die Bemühungen um eine Neue Weltwirtschaftsordnung und ein Integriertes Rohstoffprogramm führten zu einer funktionierenden Lösung der Rohstofffrage. Auch die Anstrengungen in den 1980er und 1990er Jahren brachten nur wenige Resultate hervor. Ein wesentliches Ereignis, welches die ablehnende Haltung

⁹¹ *Stecher*, Europa-Archiv 1981, 57 (61 f.).

⁹² Siehe hierzu noch C. I. 3.

⁹³ *Kappel* in: Lange (Hrsg.), *Neue Impulse in der Post-Lomé-Ära?*, 25 (42 f.); *ders.*, *Das Kooperationsmodell von Lomé*, 247 (249, 251).

⁹⁴ *Weiss* in Tietje (Hrsg.), *Internationales Wirtschaftsrecht*, § 6 Rn. 23.

⁹⁵ Noch bestehende Abkommen richten sich heute nicht mehr auf Markteingriffe, sondern bezwecken den Informationsaustausch und Transparenz.

gegenüber Rohstoffabkommen noch verstärkte, war der Zusammenbruch des Zinnabkommens 1985. Das Zinnabkommen verfügte über Interventionsmechanismen in Form eines buffer stock, mit dessen Hilfe Preisschwankungen durch Rohstoffankäufe und -verkäufe ausgeglichen werden sollten. Das Zinnabkommen brach zusammen, da es nicht mehr über ausreichende Finanzreserven verfügte, um die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Die finanzielle Belastung war zu groß geworden.⁹⁶

Eine Einigung konnte 1980, nach langjährigen Verhandlungen, über einen *Gemeinsamen Rohstofffonds*⁹⁷, der seit 19. Juni 1989 in Kraft ist, erzielt werden. Ziel des Fonds ist es, die Rohstoffproduktion und den Handel rohstoffabhängiger Entwicklungsländer zu verbessern und zu diversifizieren. Hierfür hält der Fonds finanzielle Mittel bereit. Die praktische Bedeutung des Fonds ist jedoch gering, da entsprechende Rohstoffabkommen, denen der Fonds dienen kann, fehlen. Auch mit der Gründung der WTO 1994 änderte sich hinsichtlich der Rohstofffrage nichts. Die bestehenden Regelungen des GATT blieben unverändert.

Ein bis heute erfolgreich funktionierendes Ressourcenregime ist das *Seerechtsübereinkommen (SRÜ)*⁹⁸, welches am 16. November 1994 in Kraft trat. Dieses formuliert das Konzept des „Gemeinsamen Erbes der Menschheit“, Art. 136 SRÜ: „Das Gebiet und seine Ressourcen sind das gemeinsame Erbe der Menschheit.“ Dieses hat so Eingang in das Völkerrecht gefunden. In dem Abkommen werden die Staaten zur gemeinwohlpflichtigen und wirtschaftlichen Nutzung des Meeresbodens verpflichtet. Es regelt detailliert, wer sich die Ressourcen der Tiefsee zur Nutzung aneignen darf.⁹⁹ Dass für die extraktive Industrie ein vergleichbares Regime nicht existiert, ist damit zu begründen, dass Seevorkommen und kontinentale Vorkommen nicht vergleichbar sind. Die extraktiven Industrien sind in den jeweiligen Staaten angesiedelt. Für diese gilt das Prinzip des gemeinsamen Erbes der Menschheit im Sinne einer gemeinsamen Nutzung der Rohstoffvorkommen von allen Staaten nicht, sondern sie unterliegen dem Souveränitätsprinzip. Die Möglichkeiten, die Regelungen des SRÜ auf extraktive Industrien zu übertragen, sind daher sehr beschränkt. So enthält das SRÜ beispielsweise das Prinzip der Beteiligung der ISA (International Seabed Authority) durch Abgaben oder Jointventures am Ertrag der Ausbeutung, der allen Staaten gleichermaßen zugute kommen soll. Für den Bereich extraktiver Industrien gibt es zwar einen vergleichbaren Vorschlag. Auf abgebaute Rohstoffe solle eine Steuer oder Dividende erhoben werden, die wiederum allen zugute kommen soll („Pogge-Steuer“).¹⁰⁰ Verhandlungen, eine solche Steuer einzuführen, wurden bisher jedoch noch nicht geführt.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Skepsis, Rohstoffsicherheit über Rohstoffabkommen zu erreichen, über die letzten Jahrzehnte gewachsen ist. Wesentliche Probleme ließen sich nicht überwinden. An erster Stelle sind hier die entgegenste-

⁹⁶ Siehe hierzu auch *Gramlich*, VRÜ 1987, 486 (493 ff.); *Weiss* in Tietje (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, § 6 Rn. 23.

⁹⁷ Gemeinsamer Rohstofffonds vom 27. Juni 1980, erhältlich im Internet: <<http://www.common-fund.org/download/content/CFCag08.pdf>> (besucht am 28. September 2008).

⁹⁸ Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982, BGBl. 1994 II, 1798.

⁹⁹ *Proelß*, Natur und Recht 2007, 650 (653 f.).

¹⁰⁰ *SEF*, Schlusskonferenz Ressourcenmanagement, 12.

henden Interessen von Entwicklungsländern und Industrieländern zu nennen. Industriestaaten zeigten im Verlauf der Entwicklung von Rohstoffabkommen wenig Interesse am Abschluss dieser sowie wenig Initiative. Grundsätzlich nahmen Industriestaaten eine ablehnende Haltung gegenüber Rohstoffabkommen ein, welche sich vor dem Hintergrund des Scheiterns der Abkommen, insbesondere des Zinnabkommens, noch verstärkte. Sie förderten vielmehr die freien Marktkräfte und lehnten protektionistische Maßnahmen ab. Zudem ist der sichere Zugang zu geringen Preisen ihr vorrangiges Interesse, um die global „ungerechte“ Verteilung der kontinentalen Vorkommen auszugleichen. Die Entwicklungsländer wiederum waren infolge ihrer schwachen Verhandlungsposition nicht in der Lage, Druck auszuüben, um mit den Industriestaaten Rohstoffabkommen zu verhandeln und hohe und sichere Preise durchzusetzen. Zusätzlich schwächte die fallende Preisentwicklung der 1980er Jahre ihre Position.¹⁰¹ Hinzu kommt, dass die Entwicklungsländer auch untereinander keine Einigung erzielten, um geschlossen auftreten zu können. Als zweites „Problem“ kann das Souveränitätsprinzip benannt werden. Bereits die Verhandlungen des Seerechtsübereinkommens dauerten über zwei Jahrzehnte, bis eine einvernehmliche Lösung über den Umgang mit den Meeresbodenvorkommen, welche gemeinsames Erbe der Menschheit sind und dem Souveränitätsprinzip nicht unterliegen, gefunden wurde. Abkommen im Bereich der extraktiven Industrie sind jedoch nicht vergleichbar. Wiederum treffen die unterschiedlichen Interessen der Staaten aufeinander. Die Industriestaaten sind bemüht, nationale Standortsicherheit zu erreichen.¹⁰² Rohstoffreiche Länder bezwecken hohe Erlöse. Dies lässt sich durch einen völkerrechtlichen Vertrag nur schwer vereinbaren. Die rohstoffreichen Länder können trotz des Bestehens eines Vertrages souverän über ihre Vorkommen verfügen und Maßnahmen ergreifen, die den Zwecken des Abkommens zuwiderlaufen. Abkommensziele und das Souveränitätsprinzip konkurrieren so in einem gewissen Umfang.¹⁰³

II. Aktuelle Tendenzen eines globalen Ressourcenmanagements

Die Diskussion, die stetig steigende Rohstoffnachfrage und die dadurch hervorgerufene Rohstoffkonkurrenz einer für alle Seiten akzeptablen Lösung zuzuführen, ist dennoch aktuell. Zentral bleibt das Problem, den Zugang zu Rohstoffen sicherzustellen, was die Staaten nicht allein bewältigen können.¹⁰⁴ Infolge der geringen Fortschritte, die in der Entwicklung der Rohstoffabkommen erzielt werden konnten, sowie aufgrund der ablehnenden Haltung der Industrieländer gegenüber Rohstoffabkommen, die inzwischen auch von den Entwicklungsländern eingenommen wird, konzentriert sich die gegenwärtige Debatte jedoch weniger auf Rohstoffabkommen im klassischen Sinn. Vielmehr geht es um ein globales Ressourcenmanagement zur Schaffung bzw. Herstellung der Voraussetzungen eines funktionierenden Rohstoffmarktes.¹⁰⁵ Markt-

¹⁰¹ Weiss in Tietje (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, § 6 Rn. 23.

¹⁰² Messner/Nuscheler, Global Governance, 9.

¹⁰³ So auch *ibid.*, 4.

¹⁰⁴ SEF, Schlusskonferenz Ressourcenmanagement, 9.

¹⁰⁵ Schorkopf, Internationale Rohstoffverwaltung, 233 (250 ff.).

lenkende Maßnahmen werden dabei nicht angestrebt. Andere Aspekte sind in den Vordergrund gerückt. Zu diesen gehören Markttransparenz, Global Governance und Nachhaltigkeit.¹⁰⁶ Bereits im Abkommen von *Cotonou*¹⁰⁷, dem Nachfolgeabkommen der *Lomé*-Abkommen, zeigt sich der Wechsel der mit der Rohstoffpolitik verfolgten Ziele. Dieses betont, auch hinsichtlich von Rohstoffen, eine verstärkte politische Zusammenarbeit. Insbesondere erwähnt es das Good-Governance Konzept, worunter ein verantwortungsvoller, entwicklungsorientierter und transparenter Umgang mit den Entwicklungsressourcen des Landes verstanden wird.¹⁰⁸ Art. 9 Nr. 3 des *Cotonou*-Abkommens lautet:

„In einem politischen und institutionellen Umfeld, in dem die Menschenrechte, die demokratischen Grundsätze und das Rechtsstaatsprinzip geachtet werden, ist verantwortungsvolle Staatsführung die transparente und verantwortungsbewusste Verwaltung der menschlichen, natürlichen, wirtschaftlichen und finanziellen Ressourcen und ihr Einsatz für eine ausgewogene und nachhaltige Entwicklung. Sie beinhaltet klare Beschlussfassungsverfahren für Behörden, transparente und verantwortungsvolle Institutionen, den Vorrang des Gesetzes bei der Verwaltung und Verteilung der Ressourcen und Qualifizierung zur Ausarbeitung und Durchführung von Maßnahmen insbesondere zur Verhinderung und Bekämpfung der Korruption.“

Vor diesem Hintergrund haben sich in den letzten Jahren verschiedene Initiativen etabliert. Diese bezwecken überwiegend einen fairen Handel mit Rohstoffen, insbesondere Konfliktrohstoffen, und die Erhöhung der Transparenz auf den Märkten. Sehr erfolgreich ist der *Kimberley-Prozess*, ein Zertifizierungssystem, welches den Handel mit Blutdiamanten betrifft.

“The Kimberley Process (KP) is a joint governments, industry and civil society initiative to stem the flow of conflict diamonds – rough diamonds used by rebel movements to finance wars against legitimate governments. [...] The KP has done more than just stem the flow of conflict diamonds, it has also helped stabilise fragile countries and supported their development. As the KP has made life harder for criminals, it has brought large volumes of diamonds onto the legal market that would not otherwise have made it there. This has increased the revenues of poor governments, and helped them to address their countries’ development challenges. [...] In 2006, a review of the KP confirmed its effectiveness, and recommended a number of actions to further strengthen the system in areas such as monitoring of implementation and strengthening internal controls in participating countries, as well as greater transparency in the gathering of statistical data.”¹⁰⁹

Aber auch für andere extraktive Industrien gibt es vergleichbare Initiativen. Zu nennen ist hier zunächst die *Extractive Industries Transparency Initiative (EITI)*, im Oktober 2002 ins Leben gerufen. *EITI* zielt darauf ab, Zahlungsströme von Unternehmen und Förderländern offen zu legen, um Korruption im Bergbau zu bekämp-

¹⁰⁶ *Bleischwitz/Bringezu*, Globales Ressourcenmanagement, 5 ff.

¹⁰⁷ Partnerschaftsabkommen von Cotonou zwischen der EG und ihren Mitgliedstaaten einerseits und den AKP-Staaten andererseits vom 23. Juni 2000, ABl. EG 2000 L 317.

¹⁰⁸ *Schmidt*, Aktuelle Aspekte der EU-Entwicklungspolitik, Kap. III.

¹⁰⁹ Siehe <http://www.kimberleyprocess.com/background/index_en.html> (besucht am 28. September 2008).

fen.¹¹⁰ In der *EITI* wirken Regierungen, Unternehmen, Zivilgesellschaften, Investoren und internationale Organisationen zusammen.

„The EITI sets a global standard for companies to publish what they pay and for governments to disclose what they receive. [...] The Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) supports improved governance in resource-rich countries through the verification and full publication of company payments and government revenues from oil, gas and mining.“¹¹¹

Ergänzt wird die *EITI* durch die *Extractive Industries Transparency Initiative Plus Plus (EITI++)*, im April 2008 von der Weltbank eingeleitet. *EITI++* zielt darauf ab, die Regierungen rohstoffreicher Entwicklungsländer dabei zu unterstützen, die zunehmenden Erlöse aus dem Rohstoffsektor zur Bekämpfung von Armut, Unterernährung, Bildungsmangel und Krankheit einzusetzen und so nachhaltiges Wachstum dieser Länder zu fördern. *EITI++* unterstützt gezielt die Entwicklungsländer bei Vertragsverhandlung, der Vergabe von Abbaulizenzen sowie der Verwendung der Einkünfte zu Gunsten der Bevölkerung.

„‘The EITI++ will help client countries to build capacities to draw sustainable benefits from their natural resources.’ [...] EITI++ complements EITI’s focus on transparency in reporting revenues. It will provide governments with a slate of options including technical assistance and capacity building for improving the management of resource-related wealth for the benefit of the poor. Through technical assistance, EITI++ aims to improve the quality of contracts for countries, monitoring operations and the collection of taxes and royalties. It will also improve economic decisions on resource extraction, managing price volatility, and investing revenues effectively for national development.“¹¹²

Eine weitere Initiative, die ebenfalls die Offenlegung von Zahlungsströmen anstrebt, ist die *Publish-what-you-Pay* Kampagne.

„Die Publish What You Pay-Koalition, gebildet von über 300 Nichtregierungsorganisationen weltweit, fordert die verpflichtende Offenlegung von Zahlungen hinsichtlich der Produkte, die aus natürlichen Ressourcen gewonnen werden, von den Erdöl-, Gas- und Bergbauunternehmen an die jeweiligen Regierungen. Dies ist ein erster notwendiger Schritt in die Richtung einer verantwortungsbewussten Verwaltung und Verteilung der Einnahmen der Nutzung natürlicher Ressourcen in ressourcenreichen Entwicklungsländern.“¹¹³

Daneben existieren Initiativen, die maßgeblich soziale Standards und Umweltaspekte betreffen.¹¹⁴ Einigkeit besteht insoweit, dass ein globales Ressourcenma-

¹¹⁰ SEF, Fachworkshop Rohstoffmanagement, 10.

¹¹¹ Siehe <<http://eitransparency.org/eiti/history>> (besucht am 28. September 2008).

¹¹² Siehe <<http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/NEWS/0,,contentMDK:21727772~pagePK:34370~piPK:34424~theSitePK:4607,00.html>> (besucht am 26. Februar 2009).

¹¹³ Siehe <<http://www.publishwhatyoupay.org/deutsch/index.shtml>> (besucht am 28. September 2008).

¹¹⁴ Siehe <<http://www.unglobalcompact.org/Languages/german/de-gc-flyer-05.pdf>> (besucht am 28. September 2008) United Nations Global Compact: „Ziel des Global Compact ist es, durch die Kraft gemeinsamen Handelns das gesellschaftliche Engagement von Unternehmen zu fördern – damit die Wirtschaft zu einem Teil der Lösung werden kann, wenn es darum geht, den Herausforderungen der Globalisierung zu begegnen. [...] Der Global Compact verlangt von den Unternehmen, innerhalb ihres Einflussbereichs einen Katalog von Grundwerten auf dem Gebiet der

nagement heute auf den genannten Prinzipien aufbauen muss. Transparenz der Zahlungsströme und der Verträge im Bergbausektor bieten die erforderlichen Voraussetzungen für Investitionen der Industrieländer in rohstoffreichen Ländern, welche für deren Entwicklung notwendig sind.¹¹⁵ Dennoch ist ein globales Ressourcenmanagement noch lange nicht erreicht. All diese Initiativen beruhen auf Freiwilligkeit. Die Staaten binden sich selbst an die Verpflichtung, Transparenz zu fördern, ohne jedoch einen völkerrechtlichen Vertrag zu unterzeichnen. Obwohl es sich bei diesen Initiativen um „soft law“¹¹⁶ handelt, sind sie ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem System globaler Ressourcengovernance. Governance bezeichnet einen kontinuierlichen Prozess, kontroverse und unterschiedliche Interessen öffentlicher und privater Institutionen auszugleichen und kooperatives Handeln staatlicher und nicht-staatlicher Akteure zu initiieren.¹¹⁷ Für alle Staaten verbindliche internationale Regeln zur Förderung der Transparenz und des Informationsaustauschs, deren Einhaltung über ein internationales Kontrollgremium erfolgt, müssen dennoch angestrebt werden.¹¹⁸

Auf dem G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 wurden die neuen Leitlinien der Politik in der Erklärung *Verantwortung für Rohstoffe: Transparenz und nachhaltiges Wachstum*¹¹⁹ festgelegt. Die Erklärung hebt die Bedeutung von Transparenz, freiem Handel, sozialen und ökonomischen Standards im Umgang mit Ressourcen, Bekämpfung von Korruption und Misswirtschaft sowie der Zusammenarbeit zwischen Akteuren des staatlichen Sektors, der Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft im Bergbau für nachhaltiges Wachstum in den Industriestaaten, Schwellen- und Entwicklungsländern hervor. Auf europarechtlicher Ebene hat das Thema sicherer Rohstoffversorgung gleichfalls Beachtung in der Politik gefunden. In der *Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament über die Wettbewerbsfähigkeit der Metallindustrie*¹²⁰ heißt es:

„Die wirtschaftliche Entwicklung vieler aufstrebender Volkswirtschaften hat zum einen dazu beigetragen, dass die weltweite Nachfrage und damit die Preise für Metalle und metallische Erzeugnisse angestiegen sind, und zum anderen dazu, dass der Druck auf das Rohstoffangebot und die Preise zugenommen hat wie noch nie. [...]

Ein integrierter Ansatz [zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU-Metallindustrie] sollte die folgenden Elemente umfassen: [...] Schaffung offener

Menschenrechte, der Arbeitsnormen, des Umweltschutzes und der Korruptionsbekämpfung anzuerkennen, zu unterstützen und in die Praxis umzusetzen“.

¹¹⁵ SEF, Schlusskonferenz Ressourcenmanagement, 10.

¹¹⁶ Siehe hierzu *Hillgenberg*, ZEuS 1998, 81 (82 ff.); so auch *Schorkopf*, Internationale Rohstoffverwaltung, 233 (255).

¹¹⁷ *Messner/Nuscheler*, Global Governance, 3 ff.

¹¹⁸ SEF, Fachworkshop Rohstoffmanagement, 12.

¹¹⁹ Gipfelerklärung, Wachstum und Verantwortung in der Weltwirtschaft vom 7. Juni 2007, 38-41, erhältlich im Internet: < http://www.g-8.de/nsc_true/Content/DE/Artikel/G8Gipfel/Anlage/gipfeldokument-wirtschaft-de,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/gipfeldokument-wirtschaft-de > (besucht am 28. September 2008).

¹²⁰ Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament über die Wettbewerbsfähigkeit der Metallindustrie vom 22. Februar 2008, KOM(2008)108.

und wettbewerbsorientierter globaler Märkte und Beseitigung von Verzerrungen im Handel mit Metallen und Rohstoffen. [...]

Auf internationaler Ebene wurden die Lage der Weltrohstoffmärkte und die jüngsten Preisanstiege auf der G8-Tagung im Rahmen des Themas Rohstoffe erörtert. Dabei bekräftigen die Teilnehmerländer ihre Zusage, sich für freie, transparente und offene Märkte einzusetzen. [...]

Maßnahmen [...]

14. Die Kommission wird im Rahmen multilateraler und bilateraler Verhandlungen ihre Anstrengungen fortsetzen und sich der Praxis von Ausfuhrabgaben auf Metalle und Rohstoffe widersetzen.

15. Die Kommission wird 2008 eine Mitteilung vorlegen, in der sie sich mit der Verbesserung eines dauerhaften Zugangs zu Erzen und sekundären Rohstoffen auf EU-Ebene und international beschäftigt.“

Die *Entschließung des Europäischen Parlaments zum Handel mit Roh- und Grundstoffen*¹²¹ macht dies noch deutlicher:

„Das Europäische Parlament [...] in der Erwägung, dass die Europäische Union gegenwärtig keine kohärente Strategie hat um den Herausforderungen zu begegnen, denen ihre Wirtschaft durch den verschärften Wettbewerb um den Zugang zu Rohstoffen ausgesetzt ist, [...]

2. betont, dass ein freier und fairer Zugang zu Rohstoffen entscheidende Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Wirtschaft hat, weil für eine Reihe von Rohstoffen Quellen in der Europäischen Union fehlen;

3. [...] nimmt zur Kenntnis, dass europäische Unternehmen an der Gewinnung von Rohstoffen in Drittländern nur in begrenztem Maß beteiligt sind;

4. erklärt sich besorgt über die Tendenz, den freien Zugang zu Rohstoffen in Drittländern durch handelsverzerrende Maßnahmen zu beschränken [...]

7. fordert die Kommission auf, das Thema des freien und fairen Zugangs zu den Rohstoffmärkten im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) anzusprechen [...]

9. fordert die Kommission auf, das Thema der Rohstoffe in die Marktöffnungsstrategie aufzunehmen begrüßt die Konsultation zum Thema der Rohstoffversorgung; fordert die Kommission auf, eine kohärente Strategie zur Rohstoffversorgung auszuarbeiten; weist darauf hin, dass es an allen Phasen dieser Aktivitäten zu beteiligen ist [...]

21. fordert die Kommission auf, eine umfassende und ausgewogene Strategie für den Zugang zu Rohstoffen umzusetzen, die den Interessen der EU-Industrie und der Entwicklungsländer Rechnung trägt; [...]

37. ist der Auffassung, dass die Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft, die dem Ziel dient, staatliches Handeln durch die Verbesserung der Transparenz und der Rechenschaftspflicht im Grundstoffsektor zu stärken, weltweit umgesetzt werden sollte um bessere Möglichkeiten für Entwicklungsländer zu schaffen, einen gerechten Gegenwert für ihre natürlichen Ressourcen zu erhalten [...].“

Zudem wurde erkannt, dass eine kohärente Rohstoffpolitik nur im Zusammenwirken der unterschiedlichen Politikbereiche Erfolg versprechend sein kann.¹²² Zusätz-

¹²¹ Europäisches Parlament, Entschließung des Europäischen Parlaments zum Handel mit Roh- und Grundstoffen vom 20. Mai 2008, 2008/2051(INI).

lich finden Umweltschutz- und Menschenrechtsschutzthemen zunehmend Beachtung.

Dieser Linie konsequent folgend, wurde im November 2008 die *EU Rohstoff-Initiative*¹²³ von der Europäischen Kommission verabschiedet. Mit der *EU Rohstoff-Initiative* verfolgt die EU erstmals eine umfassende Strategie zur Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen zu „akzeptablen Preisen“. Hierbei werden im Wesentlichen drei Ziele benannt:

- Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen in Drittstaaten durch eine aktive Rohstoffdiplomatie, verstärkte internationale Zusammenarbeit, EU-Handels- und Regulierungspolitik und EU-Entwicklungspolitik
- Dauerhafte Versorgung mit Rohstoffen aus europäischen Quellen durch Verbesserung der Rahmenbedingungen innerhalb der EU
- Senkung des Primärrohstoffverbrauchs in der EU durch Steigerung der Ressourceneffizienz, verstärkten Einsatz von Sekundärrohstoffen und nachwachsenden Rohstoffen

Die Entwicklung eines globalen Ressourcenregimes ist eine langwierige Aufgabe. Nach wie vor treffen die unterschiedlichen Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer aufeinander. Der Diskurs folgt jedoch einer anderen Zielrichtung. Rohstoffabkommen, die Interventionsmechanismen enthalten, bestimmen die Diskussion nicht mehr. Es geht nunmehr darum, Rohstoffsicherheit und Entwicklungsförderung über Transparenz und gute Regierungsführung zu erreichen, sowie den nachhaltigen Umgang mit Ressourcen zu fördern. Auch auf welthandelsrechtlicher Ebene besteht Handlungsbedarf, um wettbewerbsverzerrende Maßnahmen abzubauen und zu vermeiden.

D. Rohstoffpolitik der VR China

“The Chinese people will always remain good friend, good partner, and good brother of the African people; China will never impose its ideology, social system or mode of development mode on others and will never do anything detrimental to the African people and their countries.”¹²⁴

Bereits seit Jahren engagiert sich China auf dem afrikanischen Kontinent, mit dem Ziel, seine eigene Rohstoffversorgung sicherzustellen. Die chinesische Regierung fördert dabei insbesondere Handel und Investitionen.¹²⁵ So wurden auch auf der Afrikareise des chinesischen Präsidenten Hu Jintao im Jahr 2007 mehr als 50 bilaterale

¹²² Siehe dazu: Public Consultation, The Competiveness of the European Metals Industry: the Impact of Raw Materials and Energy Supply, erhältlich im Internet: <http://ec.europa.eu/enterprise/steel/public_consultation_rev7.pdf> (besucht am 28. September 2008).

¹²³ Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat, Die Rohstoffinitiative – Sicherung der Versorgung Europas mit den für Wachstum und Beschäftigung notwendigen Gütern vom 04. November 2008, KOM(2008)699.

¹²⁴ Äußerung des chinesischen Präsidenten Hu Jintao auf seiner Afrikarundreise durch Kamerun, Liberia, Sudan, Sambia, Namibia, Südafrika, Mosambik und Seychellen Anfang 2007, (<http://www.chinadaily.com.cn/china/2007-02/11/content_806640.htm>).

¹²⁵ Tull, Die Afrikapolitik der Volksrepublik China, 14.

Abkommen geschlossen. In Sambia, welches reiche Kupfervorkommen hat, schloss China allein acht Kooperationsabkommen.¹²⁶ Mit solchen Abkommen gewährt China den afrikanischen Staaten Entwicklungshilfe in Form von Investitionen im Rohstoffbereich und in Infrastrukturprojekte wie Straßenbau oder Flughäfen sowie durch weitreichende Schuldenerlasse.¹²⁷ Als Gegenleistung sichert sich China hierdurch den direkten Zugriff auf die Rohstoffvorkommen durch den Kauf von Lagerstätten oder Beteiligungen an Bergbauunternehmen. Das chinesische Engagement erfolgt überwiegend in politisch instabilen Regionen¹²⁸ und unter Missachtung von Menschenrechten und Demokratiebemühungen.¹²⁹ Zugleich weitet China den Zugang eigener Produkte auf den afrikanischen Markt aus.¹³⁰ Entscheidend in der Zusammenarbeit zwischen China und Afrika ist, dass China eine Politik der Nichteinmischung verfolgt.¹³¹ Die innerstaatlichen Angelegenheiten der afrikanischen Staaten bleiben in den Verhandlungen unbeachtet. Dies wiederum entspricht dem Interesse der afrikanischen Staaten, die den westlichen Industriestaaten einen Neo-Kolonialismus vorwerfen, indem diese Entwicklungshilfen und Investitionen von innerpolitischen Maßnahmen abhängig machen.¹³² Westliche Industrieländer fordern im Gegensatz zu China bei der Kreditvergabe das Bemühen um gute Regierungsführung, Strukturanpassungsmaßnahmen, Demokratie, Menschenrechtsschutz und die Bekämpfung von Korruption und Armut.¹³³

Ein weiteres Betätigungsfeld Chinas ist Lateinamerika. Insbesondere in Chile versorgt sich China mit Kupfer direkt aus den Lagerstätten. Mit einem Freihandelsabkommen hat sich China 50% der chilenischen Kupfervorkommen gesichert.¹³⁴ Lateinamerika ist bereits Hauptlieferant für Kupfer, hier insbesondere Chile und Peru, die mehr als 50% der Kupfererze für China liefern.¹³⁵

Des Weiteren sind China Maßnahmen mit handelsverzerrender Wirkung zu Gunsten der eigenen Rohstoffversorgung vorzuwerfen. Zu nennen sind Subventionen der Rohstoffeinfuhr, Zölle, Quoten und Ausfuhrbeschränkungen oder -verbote.¹³⁶ Dies stellen auch die Europäische Kommission und das Europäische Parlament fest:

„In den letzten Jahren ist die Zahl marktverzerrender Praktiken durch eine Reihe verschiedener Mechanismen, [...] sprunghaft angestiegen. [...] Außerdem wurden in China eine Reihe von Mechanismen eingeführt, die die Ausfuhr von me-

¹²⁶ *Schueler/Asche*, China als neue Kolonialmacht in Afrika, 67 (70).

¹²⁷ China fördert vorzugsweise Projekte, die von westlichen Kreditgebern nicht mehr unterstützt werden. Hinzu kommt, dass sich China auch in Krisenregionen engagiert, die von Industriestaaten nicht unterstützt werden.

¹²⁸ *Scholvin*, Die Energiepolitik neuer regionaler Führungsmächte, 1 (3).

¹²⁹ *Schueler/Asche*, China als neue Kolonialmacht in Afrika, 67 (75); *Schöttli*, Schweizer Monatshefte 2007, 17 (18); *Li*, Minerals&Energy 2007, 105 (105, 108).

¹³⁰ *Kappel/Schneidenbach*, China in Afrika, 1 (2 f.); *Tull*, Die Afrikapolitik der Volksrepublik China, 12.

¹³¹ *Kappel/Schneidenbach*, China in Afrika, 1 (4); *Tull*, Die Afrikapolitik der Volksrepublik China, 14; *Schöttli*, Schweizer Monatshefte 2007, 17 (18).

¹³² *Aryee*, Partnership or Neo-Colonialism, 2.

¹³³ *Kappel/Schneidenbach*, China in Afrika, 1 (4).

¹³⁴ *SEF*, Fachworkshop Rohstoffmanagement, 18.

¹³⁵ *Trinh/Voss/Dyck*, China Spezial 2006, 5.

¹³⁶ *Umbach*, Chinas Energie- und Rohstoffdiplomatie, 39 (41 f.); *BDI*, Rohstoffsicherheit, 17.

tallischen Rohstoffen beschränken bzw. den Aufkauf im Ausland mit staatlichen Mitteln unterstützen.“¹³⁷

sowie

„Das Europäische Parlament

5. erklärt sich besorgt über Investitionen, die den Zugang zu Rohstoffen verbessern sollen und weder den Normen des fairen und freien Wettbewerbs noch den Grundsätzen der verantwortungsvollen Regierungsführung und der Nachhaltigkeit entsprechen;

40. erklärt sich besorgt darüber, dass China [...] eine Reihe von Mechanismen eingeführt hat, die die Ausfuhr metallischer Rohstoffe einschränken bzw. deren Aufkauf im Ausland mit staatlichen Mitteln unterstützen;

41. macht deutlich, dass die neue Handelspolitik einiger aufstrebender Länder und vor allem Chinas, die sich weltweit und insbesondere in Afrika um Rohstoffe bemühen, schwerwiegende negative Auswirkungen auf die weltweite Sicherheit des Zugangs zu Grundstoffen hat.“¹³⁸

Diese Versorgungspolitik Chinas stößt in den westlichen Industrieländern zunehmend auf Kritik. Die gemeinsamen Bemühungen afrikanischer und deutscher Akteure werden hierdurch unterlaufen. Die chinesische Politik läuft den Bemühungen um Demokratie, Konfliktprävention und Transparenz zuwider.¹³⁹ Die Probleme liegen auf der Hand. Die Diversifizierung von Import- und Exportprodukten, ohnehin nicht vielfältig, wird weiter gehemmt und damit ebenfalls die Entwicklung der afrikanischen Staaten.¹⁴⁰ Zugleich gerät die Versorgungssicherheit der Industriestaaten zusätzlich unter Druck. Erforderlich sind daher politische Strategien, um zum einen die eigene Versorgungssicherheit zu gewährleisten, zum anderen, um die chinesische Strategie auf die Wahrung sozialer, welthandelsrechtlicher Standards und Umweltstandards zu sensibilisieren. Bereits die Mitteilung der Europäischen Kommission *Die Beziehungen EU – China: Mit der engeren Partnerschaft wächst die Verantwortung*¹⁴¹ stellt dies fest:

„[...] Das Hauptmotiv hinter seiner [Chinas] Politik ist der Wunsch zu wachsen und sich einen Platz in der Welt zu verschaffen, der seiner politischen und wirtschaftlichen Macht angemessen ist. [...] Europa muss die richtigen Antworten auf die wiedergewonnene Stärke Chinas reagieren.“

¹³⁷ Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament über die Wettbewerbsfähigkeit der Metallindustrie, siehe Fn. 120.

¹³⁸ Entschließung des Europäischen Parlaments zum Handel mit Roh- und Grundstoffen, siehe Fn. 121.

¹³⁹ *Schueler/Asche*, China als neue Kolonialmacht in Afrika, 67 (75); *Tull*, Die Afrikapolitik der Volksrepublik China, 24.

¹⁴⁰ *Kappel* in: Lange (Hrsg.), Neue Impulse in der Post-Lomé-Ära?, 25 (40); *Kappel/Schmeidenbach*, China in Afrika, 1 (5); *Trinh/Voss/Dyck*, China Spezial 2006, 9.

¹⁴¹ Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament, Die Beziehungen EU – China: Mit der engeren Partnerschaft wächst die Verantwortung vom 24. Oktober 2006, KOM(2006) 632.

Noch deutlicher wird die *Entschliessung des Europäischen Parlaments zum Handel mit Roh- und Grundstoffen*¹⁴²:

„Das Europäische Parlament [...]

41. macht deutlich, dass die neue Handelspolitik einiger aufstrebender Länder und vor allem Chinas, die sich weltweit und insbesondere in Afrika um Rohstoffe bemühen, schwerwiegende negative Auswirkungen auf die weltweite Sicherheit des Zugangs zu Grundstoffen hat; betont die Notwendigkeit, von der heutigen Verhaltensweise, die sich auf Beziehungen zwischen einzelnen Staaten stützt und keine Rücksicht auf Menschenrechte, soziale Verantwortung von Unternehmen sowie Umwelt- und Sozialnormen nimmt, abzukommen zugunsten eines multilateralen Ansatzes, der auf den Kriterien der Suffizienz und der Nachhaltigkeit der Ressourcennutzung beruht.“

Im eigenen Interesse sowie im Interesse afrikanischer und lateinamerikanischer Entwicklungsländer ist daher dringender Handlungsbedarf geboten. Die G8-Erklärung *Verantwortung für Rohstoffe* enthält die Absichtserklärung, „eng mit ressourcenreichen Volkswirtschaften sowie mit Schwellenländern, die wichtige Rohstoffe verbrauchen, zusammenarbeiten.“

E. Rohstoffpolitik Deutschlands

Deutschland ist von Rohstoffimporten abhängig. So importierte Deutschland im Jahr 2005 metallische Rohstoffe im Wert von rund 20,2 Mrd. EUR, wovon der Nettoimportwert 11,3 Mrd. EUR betrug.¹⁴³ Unter Nettoimportwert wird der um den Wert der Reexporte verminderte Wert der Einfuhren verstanden.¹⁴⁴ Der Nettoimportwert für Kupfer betrug im Jahr 2004 knapp 2,2 Mrd. EUR.¹⁴⁵ Die wichtigsten Lieferländer für Erze waren Chile, Peru, Argentinien, Portugal und Papua/Neuginea.¹⁴⁶ Im Jahr 2008 könnten sich die Kosten für die Importe der wichtigsten Rohstoffe, zu denen Kupfer zählt, wesentlich verteuern. Nach der bisherigen Preisentwicklung in diesem Jahr könnten der deutschen Wirtschaft rund 28 Mrd. EUR Mehrkosten für Importe entstehen, wovon ein nicht geringer Anteil auf Kupfer, das Metall mit dem höchsten Importwert, entfallen würde.¹⁴⁷ Für weitere strategische Metalle ist die Lage vergleichbar. So besteht auch in Deutschland dringend Handlungsbedarf, eine strategische Rohstoffpolitik zu erarbeiten und umzusetzen. Hierbei sind sich Industrie und Wirtschaft einig, dass die Versorgung mit Rohstoffen in erster Linie eine wirtschaftliche Aufgabe ist und somit in den Verantwortungsbereich der Unternehmen fällt. Dennoch sind diese nicht allein in der Lage, die Versorgung zu sichern. Sie stoßen insbesondere dann an ihre Grenzen, wenn handelspolitische Maß-

¹⁴² Siehe Fn. 121.

¹⁴³ Quelle: <http://www.geozentrum-hannover.de/nn_472238/DE/Gemeinsames/Oeffentlichkeitsarbeit/Pressemitteilungen/BGR/bgr__071119.html>.

¹⁴⁴ Quelle: <http://www.geozentrum-hannover.de/nn_472238/DE/Gemeinsames/Oeffentlichkeitsarbeit/Pressemitteilungen/BGR/bgr__071119.html>.

¹⁴⁵ *BMW*, Trends der Angebots- und Nachfragesituation bei mineralischen Rohstoffen, 35, 109.

¹⁴⁶ Siehe Fn. 111.

¹⁴⁷ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. September 2008, 13.

nahmen anderer Staaten die Wettbewerbsbedingungen auf dem Markt verzerren. Die Politik ist hier aufgefordert, die Rahmenbedingungen für einen fairen Rohstoffhandel und einen funktionierenden Rohstoffmarkt herzustellen und zu garantieren.¹⁴⁸

„Aufgabe des Staates ist es, die Rahmenbedingungen für eine international wettbewerbsfähige Rohstoffwirtschaft zu schaffen. Dazu gehört auch, sich für einen verantwortungsvollen und nachhaltigen Umgang mit Rohstoffen und mehr Transparenz im Rohstoffsektor einzusetzen, wie dies national derzeit im Rahmen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie geschieht, aber auch international auf Initiative Deutschlands die G8-Länder in der Gipfelerklärung von Heiligendamm getan haben.“¹⁴⁹

Auch das Bundesverfassungsgericht machte dies bereits 1971 in einer Entscheidung¹⁵⁰ zur Erdölbevorratung Deutschlands deutlich:

„Dass es sich im vorliegenden Fall um eine öffentliche, ja um eine im engeren Sinn staatliche Aufgabe handelt, unterliegt keinem Zweifel. Die Sicherstellung einer ausreichenden Energieversorgung ist auch in einer grundsätzlich marktwirtschaftlich geordneten Wirtschaft eine legitime Aufgabe der staatlichen Wirtschaftspolitik, die von der Verantwortung des Staates für den ungestörten Ablauf des wirtschaftlichen Geschehens im ganzen ausgeht.“

Angesprochen sind neben der Wirtschaftspolitik viele weitere Ressorts, beispielsweise die Außenpolitik, die Entwicklungspolitik, die Umweltpolitik und die Sicherheitspolitik.

Das Thema der Versorgungssicherheit Deutschlands hat in den vergangenen Jahren, nach einer langen Phase der Nichtbeachtung, Einzug in den Dialog von Politik und Unternehmen gefunden. So wurden 2006 und 2007 verschiedene Veranstaltungen und Konferenzen durchgeführt, die die Diskussion zwischen den betroffenen Akteuren in Industrie und Politik förderten und die Brisanz des Themas verdeutlichten. 2006 und 2007 fand eine Workshopreihe zu dem Thema *Globales Ressourcenmanagement – Herausforderungen für die Friedens-, Entwicklungs- und Umweltpolitik* statt. Veranstaltet wurde die Reihe durch die *Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS)*, die *Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF)* und das *Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie*. Vertreter aus Industrie, Wissenschaft und Politik setzten sich damit auseinander, wie eine nachhaltige Rohstoffstrategie Deutschlands aussehen könnte. Dieses Ziel verfolgte auch der BDI-Rohstoffkongress im März 2007, auf welchem die BDI-Präsidialgruppe „Internationale Rohstofffragen“ einen Bericht vorlegte, dessen Fragestellung Ziele und Instrumente einer strategisch ausgerichteten Rohstoffpolitik Deutschlands und der EU zur Sicherung der Rohstoffverfügbarkeit waren. Die Ergebnisse der Veranstaltungen sollen im Folgenden vorgestellt werden. Sehr deutlich

¹⁴⁸ BDI, Rohstoffsicherheit, 45, 62; BMWi, Trends der Angebots- und Nachfragesituation bei mineralischen Rohstoffen, 97.

¹⁴⁹ Zwischenbilanz der Rohstoffaktivitäten der Bundesregierung vom Juli 2008; erhältlich im Internet: <<http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/XYZ/zwischenbilanz-der-rohstoffaktivitaeten-der-bundesregierung,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf>> (besucht am 13. August 2008).

¹⁵⁰ BVerfGE vom 16. März 1971, Az.: 1 BvR 52/66, 1 BvR 665/66, 1 BvR 667/66, 1 BvR 754/66, Rn. 52.

sind die Forderungen der Industrie an die Politik formuliert worden. Diese sind im Wesentlichen¹⁵¹:

- Vernetzung der verschiedenen Politikbereiche;
- Unterstützung deutscher Rohstoffvorhaben im Ausland durch Investitionsgarantien und ungebundene Finanzkredite, die vom Bund gedeckt werden. Die ungebundenen Finanzkredite des Bundes, die den Unternehmen Investitionen ermöglichen, decken derzeit nur politische Risiken ab. Eine Erweiterung auf wirtschaftliche Risiken könnte dazu beitragen, dass sich deutsche Unternehmen verstärkt in Rohstoffförderprojekten engagieren
- Weiterentwicklung einer Rohstoffdatenbasis
- Erhöhung der Rohstoffproduktivität
- Förderung der Entwicklungszusammenarbeit. Im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit sollte Deutschland bemüht sein, politisch instabile Länder zu unterstützen, um die Versorgung aus diesen Ländern langfristig zu sichern. Innenpolitische Stabilität sichert zugleich die Extraktion der Rohstoffe. Entwicklungspolitische Ziele sind zudem die Transparenz und fairer Wettbewerb bei der Vergabe von Bergbaukonzessionen, Rechtssicherheit, Investitionsschutz, Abbau von Exportbeschränkungen, Transparenz bei der Einstellung der Erlöse in den Staatshaushalt und deren Verwendung sowie Unterbindung illegalen Exports von Rohstoffen
- Multilaterale Handelspolitik zur Bekämpfung protektionistischer Maßnahmen

Den Unternehmen stehen selbst zahlreiche Möglichkeiten zur langfristigen Absicherung ihres Rohstoffbedarfs zur Verfügung. Neben der Senkung des Rohstoffbedarfs kommen verschiedene Alternativen in Betracht¹⁵²:

- Rückwärtsintegration: Die Rückwärtsintegration, bei der die Unternehmen direkt in Lagerstätten und den Rohstoffabbau investieren, ist eine sehr kostenintensive Methode der Rohstoffsicherung. Mit der Rückwärtsintegration können sich die Unternehmen gegen Preiserhöhungen absichern. Nur sehr große Unternehmen verfügen jedoch über ausreichend Kapital, um sich direkt an den Minen zu beteiligen. Für kleinere Unternehmen kommt Rückwärtsintegration nicht in Betracht
- Beteiligungen an Rohstofffördergesellschaften, die weniger kapitalintensiv ist, als Rückwärtsintegration
- Langfristige Lieferverträge: Langfristige Lieferverträge mit Rohstofflieferanten, die zumeist mit Projektbeteiligungen verbunden sind und durch ungebundene Finanzkredite abgesichert werden können, gewähren eine höhere Versorgungssicherheit, wenn auch keinen Preisvorteil
- Versorgung an der Londoner Metallbörse, die jedoch möglicherweise kostenintensiver ist, als langfristige Lieferverträge
- Diversifikation der Lieferbeziehungen: Mit der Diversifikation der Bezugsquellen vermeiden die Unternehmen die Abhängigkeit von Lieferanten und sind in einem begrenzten Maß gegen Preisschwankungen abgesichert
- Kooperationen im Einkauf: Auch der Zusammenschluss von Unternehmen im Einkauf kann Preisvorteile generieren

¹⁵¹ Siehe zum Folgenden *BDI, Rohstoffsicherheit*, 45 ff.

¹⁵² Siehe hierzu *ibid.*, 57 ff.

- Frühindikatorsysteme zur Verbesserung der Informationssituation, um Verknappungen und Verteuerungen rechtzeitig absehen zu können
- Preisabsicherung durch Hedging

2007 legte die Bundesregierung eine Rohstoffstrategie vor.¹⁵³ Die *Elemente einer Rohstoffstrategie der Bundesregierung* bezwecken den Entwurf eines „Handlungsrahmens für eine nachhaltige Rohstoffwirtschaft, der sparsame Ressourcennutzung, sichere Verfügbarkeit von Rohstoffen, Verringerung von Umweltschäden und soziale und entwicklungspolitische Auswirkungen des Rohstoffabbaus berücksichtigt.“ Auch dieser betont, dass vorrangig die Unternehmen die Aufgabe der Rohstoffversorgung zu bewältigen haben. Ihre Aufgabe sieht die Bundesregierung darin, „die politischen, rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen zu setzen.“ Die Strategie umfasst die Einrichtung eines interministeriellen Rohstoffausschusses. Mit diesem sollen die verschiedenen Rohstoffbereiche Außen- und Sicherheitspolitik, Forschungs- und Technologiepolitik, Außenwirtschafts- und Handelspolitik, Entwicklungspolitik, Industriepolitik, Umweltpolitik, Agrar- und Forstpolitik und Europapolitik vernetzt werden.

Im Juli 2008 zog die Bundesregierung eine erste *Zwischenbilanz der Rohstoffaktivitäten*.¹⁵⁴ Das Papier soll den Handlungsrahmen der Rohstoffstrategie der Bundesregierung näher ausfüllen. Die Bundesregierung sieht unter anderem folgende Aktivitäten vor:

- Mit der Gründung des interministeriellen Rohstoffausschusses am 26. Juni 2007 soll die Vernetzung der verschiedenen Politikbereiche verbessert werden
- Abbau von Handelshemmnissen auf multilateraler Ebene im WTO-Rahmen durch Nutzung der WTO-Beitrittsverhandlungen mit rohstoffreichen Ländern und im Rahmen der Doha-Runde
- Bilateralen Kontakten mit rohstoffreichen Ländern und Freihandelsabkommen
- Kohärente EU-Antwort auf die Rohstoffstrategie Chinas/Indiens in Afrika/Lateinamerika
- Förderung der Transparenz im Rohstoffbereich durch Unterstützung der *EITI* sowie der Mitgliedschaft Deutschlands in der Rohstoff-Studiengruppe Kupfer
- Stärkung rohstoffpolitischer Ansätze in der Entwicklungspolitik: Umwelt- und Ressourcenschutz sowie nachhaltiges Ressourcenmanagement, Entwicklung des Rohstoffpotenzials als Wirtschaftsfaktor, Aufbau von Fachkapazität, Transparenz und Good Governance sowie Konfliktprävention
- Das Instrument der ungebundenen Finanzkredite soll umfassend reformiert werden und auch wirtschaftliche Risiken einbeziehen. Zusätzlich soll die Rückwärtsintegration gefördert werden

¹⁵³ Elemente einer Rohstoffstrategie der Bundesregierung, 2007, erhältlich im Internet: <<http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/E/elemente-rohstoffstrategie,property=pdf,Bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf>> (besucht am 13. August 2008).

¹⁵⁴ Zwischenbilanz der Rohstoffaktivitäten der Bundesregierung vom Juli 2008; erhältlich im Internet: <<http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/XYZ/zwischenbilanz-der-rohstoffaktivitaeten-der-bundesregierung,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf>> (besucht am 13. August 2008).

- Internationale Rohstoffdaten sollen verfügbar gemacht werden

Insgesamt entsprechen die Vorhaben der Bundesregierung den Forderungen der Industrie an die Politik. Die Politik hat hierdurch einen Weg eingeschlagen, der die Unternehmen in der Rohstoffversorgung unterstützt.¹⁵⁵ Die Maßnahmen tragen so zur Versorgungssicherheit bei.

F. Zusammenfassung

Rohstoffsicherheit ist ein für die Wirtschaftsentwicklung und den Fortschritt wesentliches Thema. Mit dem Beginn der Industrialisierung ist der Bedarf an Rohstoffen stetig gewachsen. Hinzu kommt in jüngster Zeit eine Nachfrageexplosion nach Rohstoffen, die wesentlich durch Schwellenländer wie China und Indien ausgelöst wurde. Mit dieser ging eine Verknappung auf den Märkten einher, die enorme Preissteigerungen nach sich zog. Vor allem metallische Rohstoffe können derzeit als relativ knapp eingestuft werden, was am Beispiel von Kupfer veranschaulicht wurde. Im Zusammenhang mit dieser Entwicklung wurde die Diskussion um einen sicheren Zugang zu Rohstoffen in den Industrieländern neu belebt. Ging es in den 1970er Jahren vor allem um den Abschluss von Rohstoffabkommen, bemühen sich Wirtschaft und Politik heute um eine gemeinsame, kohärente Rohstoffstrategie. Zurückzuführen ist diese Entwicklung insbesondere auf das Scheitern der Rohstoffabkommen in der Vergangenheit. Es hat sich jedoch auch gezeigt, dass die unterschiedlichen Interessen der Industriestaaten und der Entwicklungsländer in einem Rohstoffabkommen nicht zu vereinbaren waren. Die Neuausrichtung der Rohstoffstrategien berücksichtigen neue Zielsetzungen. Erlössicherung und Markteingriffe, die früher vorherrschend waren, wurden durch Transparenz, Information und Good Governance abgelöst.

Die Versorgung mit Rohstoffen fällt in den Verantwortungsbereich der Wirtschaftsakteure. Die deutsche Rohstoffstrategie beinhaltet daher zunächst ökonomische Maßnahmen der Unternehmen. Diese sind darauf ausgerichtet, die Unternehmen gegen starke Preisanstiege abzusichern sowie auf die Förderung von Transparenz und Informationsaustausch. Die Unternehmen stoßen jedoch da an ihre Grenzen, wo der Markt durch wettbewerbswidrige Maßnahmen von Drittstaaten behindert wird. An dieser Stelle setzen die politischen Handlungsalternativen an. Die Politik hat den rechtlichen Rahmen eines funktionierenden Marktes zu verantworten. Hierbei besteht auf welthandelsrechtlicher Ebene dringender Handlungsbedarf, um Importsubventionen, Ausfuhrverbote, Zölle und Quoten zu beseitigen. Zusätzlich kann die Politik einen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten, indem innerstaatliche Unternehmen unterstützt werden. Möglichkeiten hierfür bestehen in der Investitionsförderung sowie in bilateralen Kontakten zu den Entwicklungsländern. Der Grundstein für eine sichere Rohstoffversorgung ist hiermit gelegt worden.

¹⁵⁵ Diesen politischen Weg schlägt auch die EU mit der Rohstoffinitiative ein. Siehe hierzu oben C. II.

SCHRIFTTUM

- Aryee, Joyce R.*, Partnership or Neo-Colonialism, The Role of the South in Global Resource Governance, in: Stiftung Entwicklung und Frieden (Hrsg.), *Foreign Voices* 5 (2007).
- BDI*, Rohstoffsicherheit – Anforderungen an Industrie und Politik, Ergebnisbericht der BDI-Präsidialgruppe "Internationale Rohstofffragen", 2. BDI-Rohstoffkongress am 20. März 2007 in Berlin, erhältlich im Internet: <<http://www.bdi-online.de/Dokumente/Auenwirtschaftspolitik/Rohstoffkomplett.pdf>> (besucht am 28. September 2008).
- Bleischwitz, Raimund*, Internationale Rohstoffmärkte: Steigende Preise und wachsendes Konfliktpotenzial, in: Debiel, Tobias/Messner, Dirk/Nuscheler, Franz (Hrsg.), *Globale Trends 2007*, Frankfurt am Main 2006, 305-321.
- */Bringezu, Stefan*, Globales Ressourcenmanagement, Konfliktpotenziale und Grundzüge eines Global Governance-Systems, Stiftung Entwicklung und Frieden, Policy Paper 27, Oktober 2007.
- Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR)*, Rohstoffwirtschaftliche Länderstudien, Bundesrepublik Deutschland, Rohstoffsituation 2006, Hannover 2007.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi)*, Forschungsprojekt Nr. 09/05 in Zusammenarbeit mit BGR, RWI Essen, Fraunhofer-IISI, Trends der Angebots- und Nachfragesituation bei mineralischen Rohstoffen, März 2007, erhältlich im Internet: <http://www.rwi-essen.de/servlet/page?_pageid=700&_dad=portal30&_schema=PORTAL30&_type=site&_fsiteid=69&_fid=8212&_fnavbarid=5567&_fnavbarsiteid=69&_fedit=0&_fmode=2&_fdisplaymode=1&_fcalledfrom=1&_fdisplayurl=>> (besucht am 24. September 2008).
- *Fragen einer neuen Weltwirtschaftsordnung*, Gutachten des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft, Göttingen 1976.
- Follath, Erich/Jung, Alexander* (Hrsg.), *Der neue kalte Krieg: Kampf um die Rohstoffe*, München 2006.
- Franke, Martina*, Chinas Währungspolitik in der Kritik des US-amerikanischen und des internationalen Wirtschaftsrechts, Beiträge zum Transnationalen Wirtschaftsrecht, Heft 77, Halle 2008, erhältlich im Internet: <<http://www2.jura.uni-halle.de/telc/publikationen.html>> (besucht am 26. September 2008).
- Genius-Devime, Barbara*, Bedeutung und Grenzen des Erbes der Menschheit im völkerrechtlichen Kulturgüterschutz, Saarbrücken 1996.
- Gramlich, Ludwig*, Intergouvernementale Rohstoffregimes im Zwielficht – Lehren aus dem Zinn-Debakel, *Verfassung in Recht und Übersee (VRÜ)*, 4 (1987), 486-514.
- Hasenpflug, Hajo*, Eine neue Weltwirtschaftsordnung, Plädoyer für eine gerechtere Weltwirtschaft, *Wirtschaftsdienst – Zeitschrift für Wirtschaftspolitik* 1975, 226-229.
- Herdegen, Matthias*, *Internationales Wirtschaftsrecht*, 7. Auflage, München 2008.
- Hillgenberg, Hartmut*, Soft-Law im Völkerrecht, *ZEuS – Zeitschrift für Europarechtliche Studien* 1998, 81-102.
- Hoffmeyer, Martin*, Entwicklung und Gestaltung der internationalen Rohstoffpolitik, in: Hoffmeyer, Martin/Schrader, Jörg-Volker/Tewes, Torsten (Hrsg.), *Internationale Rohstoffabkommen, Ziele, Ansatzpunkte, Wirkungen*, Kiel 1988, 1-37.

- Jung, Alexander*, Wie lange noch?, in: Follath, Erich/Jung, Alexander (Hrsg.), Der neue kalte Krieg: Kampf um die Rohstoffe, München 2006, 84-98.
- Kappel, Robert*, Die entwicklungspolitischen Fehlleistungen des Kooperationsmodells von Lomé, Journal für Entwicklungspolitik, 15 (1999) 3, 247-256.
- Lomé und die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas – eine Bilanz, in: Lange, Joachim (Hrsg.), Neue Impulse in der Post-Lomé-Ära?: afrikanisch-deutsche Wirtschaftsbeziehungen, Rehburg-Loccum 2002, 25-48.
 - /*Schneidenbach, Tina*, China in Afrika: Herausforderungen für den Westen, GIGA Focus Global, 12 (2006), 1-8.
- Kemper, Ria*, Nationale Verfügungen über natürliche Ressourcen und die Neue Weltwirtschaftsordnung der Vereinten Nationen, Berlin 1976.
- Keynes, John Maynard*, The International Control Of Raw Materials, Journal of International Economics, 4 (1974), 299-315.
- Köpernik, Gerhard*, Internationale Wirtschaftsorganisationen, Überblick, JuS 1976, 634-638.
- Internationale Wirtschaftsorganisationen, Wirtschaftsfragen in den Vereinten Nationen: Internationale Rohstoffpolitik, JuS 1977, 367-374.
- Krappel, Franz*, Die Havanna Charta und die Entwicklung des Weltrohstoffhandels, Berlin 1973.
- Li, Jennifer C.*, China's Rising Demand for Minerals and Emerging Global Norms and Practices in the Mining Industry, Minerals&Energy 22 (2007), 105-126.
- Maizels, Alfred*, Commodities in Crisis, The Commodity Crisis of the 1980s and the Political Economy of International Commodity Policies, Oxford 1992.
- Messner, Dirk/Nuscheler, Franz*, Global Governance, Herausforderungen an die deutsche Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, in: Stiftung Entwicklung und Frieden, Policy Paper 2, 1996.
- Pelikahn, Horst-Michael*, Internationale Rohstoffabkommen, Baden-Baden 1990.
- Proelß, Alexander*, Die Bewirtschaftung der genetischen Ressourcen des Tiefseebodens – Ein neues Seerechtsproblem?, Natur und Recht 2007, 650-656.
- Reszat, Philipp*, Gemeinsame Naturgüter im Völkerrecht, Eine Studie zur Knappheit natürlicher Ressourcen und den völkerrechtlichen Regeln zur Lösung von Nutzungskonflikten, München 2004.
- Schmidt, Siegmund*, Aktuelle Aspekte der EU-Entwicklungspolitik, Aufbruch zu neuen Ufern?, Bundeszentrale für politische Bildung, 2002, erhältlich im Internet: <<http://www.bpb.de/publikationen/TMLGO6.html>> (besucht am 15. August 2008).
- Scholvin, Sören*, Die Energiepolitik neuer regionaler Führungsmächte, GIGA Focus Global, 5 (2007), 1-8.
- Schorkopf, Frank*, Internationale Rohstoffverwaltung zwischen Lenkung und Markt, Archiv des Völkerrechts 46 (2) 2008, 233-258.
- Schöttli, Urs*, Ressourcenpolitik im 21. Jahrhundert, Schweizer Monatshefte: Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur, 87 (2007) 5, 17-19.
- Schueller, Margot/Asche, Helmut*, China als neue Kolonialmacht in Afrika, Umstrittene Strategien der Ressourcensicherung, China aktuell: journal of current Chinese affairs, 36 (2007) 2, 67-78.
- Seidl-Hohenveldern, Ignaz*, Planung im Rahmen internationaler Rohstoffabkommen, in: Kaiser, Joseph H. (Hrsg.), Planung IV, Planung international, Baden-Baden 1970, 281-297.

- Stecher*, Bernd, Der „Gemeinsame Rohstoff-Fonds“, Gestärkte Entwicklungsländer-Position oder Pyrrhussieg, *Europa-Archiv*, 2 (1981), 57-64.
- Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF)*, Dokumentation der Schlusskonferenz Ressourcenmanagement als Herausforderung für Global Governance, Neue Spielregeln für eine nachhaltige, friedliche und gerechte Rohstoffpolitik, Globales Ressourcenmanagement-Herausforderungen für die Friedens-, Entwicklungs- und Umweltpolitik; Problemanalyse und Lösungsansätze, Januar 2008.
- Dokumentation des Fachworkshops Rohstoffmanagement für nachhaltige Entwicklung, Elemente einer umweltschonenden entwicklungs- und friedensfördernden Rohstoffpolitik, Globales Ressourcenmanagement-Herausforderungen für die Friedens-, Entwicklungs- und Umweltpolitik; Problemanalyse und Lösungsansätze am Beispiel mineralischer Rohstoffe, August 2007.
 - Dokumentation des Fachworkshops Rohstoffknappheit als Konfliktrisiko und Entwicklungshemmnis, Erfahrungen, Fakten, Prognosen, Globales Ressourcenmanagement-Herausforderungen für die Friedens-, Entwicklungs- und Umweltpolitik; Problemanalyse und Lösungsansätze, November 2006.
- The International Copper Study Group (ICSG)*, World Copper Factbook 2007, erhältlich im Internet: <http://www.icsg.org/News/Press_Release/2007WorldCopperFactbook.pdf> (besucht am 25 September 2008).
- Trinh*, Tamara/*Voss*, Silja/*Dyck*, Steffen, Chinas Rohstoffhunger, Auswirkungen auf Afrika und Lateinamerika, Deutsche Bank Research, China Spezial 2006, erhältlich im Internet: <http://www.dbresearch.de/PROD/DBR_INTERNET_DE_PROD/PROD000000000200146.pdf> (besucht am 18. August 2008).
- Tull*, Denis M., Die Afrikapolitik der Volksrepublik China, 2005, erhältlich im Internet: <http://www.swp-berlin.org/de/produkte/swp_studie.php?id=4893&active=swp-studien&PHPSESSID=75d0b694a72ed8b085c3f20d2bb9c891> (besucht am 29. September 2008).
- Umbach*, Frank, Chinas Energie- und Rohstoffdiplomatie und die Auswirkungen auf die EU-China-Beziehungen, *China aktuell: journal of current Chinese affairs*, 36 (2007) 1, 39-56.
- Weberpals*, Thomas, Internationale Rohstoffabkommen im Völker- und Kartellrecht, Das Recht der internationalen Rohstoffabkommen und ihr Verhältnis zum GWB, EWG-Vertrag und UN-Kartell-Kodex, München 1989.
- Weiss*, Friedl, Internationale Rohstoffmärkte, in: Tietje, Christian (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, im Erscheinen.
- Wettig*, Eberhard/*Horn*, Manfred, Die Welt-Metallmärkte 2004 bis 2006: Versorgungsentpässe und Rekordpreise durch Chinas Rohstoffhunger, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht 4, 2007, erhältlich im Internet: <<http://www.diw.de/documents/publicationen/73/55714/07-4-2.pdf>> (besucht am 14. August 2008).
- Wenzel*, Udo, Das Recht der internationalen Rohstoffabkommen, Göttingen 1961.
- Winter*, Johannes, Die Entwicklungspolitik im Wandel der Zeit, erhältlich im Internet: <<http://www.weltpolitik.net/Sachgebiete/Globale%20Zukunftsfragen/Entwicklungspolitik/Grundlagen/Die%20Entwicklungspolitik%20im%20Wandel%20der%20Zeit.html>> (besucht am 18. August 2008).

Beiträge zum Transnationalen Wirtschaftsrecht
(bis Heft 13 erschienen unter dem Titel: Arbeitspapiere aus dem
Institut für Wirtschaftsrecht – ISSN 1619-5388)

ISSN 1612-1368 (print)
ISSN 1868-1778 (elektr.)

Bislang erschienene Hefte

- Heft 1 Wiebe-Katrin Boie, Der Handel mit Emissionsrechten in der EG/EU – Neue Rechtssetzungsinitiative der EG-Kommission, März 2002, ISBN 3-86010-639-2
- Heft 2 Susanne Rudisch, Die institutionelle Struktur der Welthandelsorganisation (WTO): Reformüberlegungen, April 2002, ISBN 3-86010-646-5
- Heft 3 Jost Delbrück, Das Staatsbild im Zeitalter wirtschaftsrechtlicher Globalisierung, Juli 2002, ISBN 3-86010-654-6
- Heft 4 Christian Tietje, Die historische Entwicklung der rechtlichen Disziplinierung technischer Handelshemmnisse im GATT 1947 und in der WTO-Rechtsordnung, August 2002, ISBN 3-86010-655-4
- Heft 5 Ludwig Gramlich, Das französische Asbestverbot vor der WTO, August 2002, ISBN 3-86010-653-8
- Heft 6 Sebastian Wolf, Regulative Maßnahmen zum Schutz vor gentechnisch veränderten Organismen und Welthandelsrecht, September 2002, ISBN 3-86010-658-9
- Heft 7 Bernhard Kluttig/Karsten Nowrot, Der „Bipartisan Trade Promotion Authority Act of 2002“ – Implikationen für die Doha-Runde der WTO, September 2002, ISBN 3-86010-659-7
- Heft 8 Karsten Nowrot, Verfassungsrechtlicher Eigentumsschutz von Internet-Domains, Oktober 2002, ISBN 3-86010-664-3
- Heft 9 Martin Winkler, Der Treibhausgas-Emissionsrechtehandel im Umweltvölkerrecht, November 2002, ISBN 3-86010-665-1
- Heft 10 Christian Tietje, Grundstrukturen und aktuelle Entwicklungen des Rechts der Beilegung internationaler Investitionsstreitigkeiten, Januar 2003, ISBN 3-86010-671-6
- Heft 11 Gerhard Kraft/Manfred Jäger/Anja Dreiling, Abwehrmaßnahmen gegen feindliche Übernahmen im Spiegel rechtspolitischer Diskussion und ökonomischer Sinnhaftigkeit, Februar 2003, ISBN 3-86010-647-0
- Heft 12 Bernhard Kluttig, Welthandelsrecht und Umweltschutz – Kohärenz statt Konkurrenz, März 2003, ISBN 3-86010-680-5

- Heft 13 Gerhard Kraft, Das Corporate Governance-Leitbild des deutschen Unternehmenssteuerrechts: Bestandsaufnahme – Kritik – Reformbedarf, April 2003, ISBN 3-86010-682-1
- Heft 14 Karsten Nowrot/Yvonne Wardin, Liberalisierung der Wasserversorgung in der WTO-Rechtsordnung – Die Verwirklichung des Menschenrechts auf Wasser als Aufgabe einer transnationalen Verantwortungsgemeinschaft, Juni 2003, ISBN 3-86010-686-4
- Heft 15 Alexander Böhmer/Guido Glania, The Doha Development Round: Reintegrating Business Interests into the Agenda – WTO Negotiations from a German Industry Perspective, Juni 2003, ISBN 3-86010-687-2
- Heft 16 Dieter Schneider, „Freimütige, lustige und ernsthafte, jedoch vernunft- und gesetzmäßige Gedanken“ (Thomasius) über die Entwicklung der Lehre vom gerechten Preis und fair value, Juli 2003, ISBN 3-86010-696-1
- Heft 17 Andy Ruzik, Die Anwendung von Europarecht durch Schiedsgerichte, August 2003, ISBN 3-86010-697-X
- Heft 18 Michael Slonina, Gesundheitsschutz contra geistiges Eigentum? Aktuelle Probleme des TRIPS-Übereinkommens, August 2003, ISBN 3-86010-698-8
- Heft 19 Lorenz Schomerus, Die Uruguay-Runde: Erfahrungen eines Chef-Unterhändlers, September 2003, ISBN 3-86010-704-6
- Heft 20 Michael Slonina, Durchbruch im Spannungsverhältnis TRIPS and Health: Die WTO-Entscheidung zu Exporten unter Zwangslizenzen, September 2003, ISBN 3-86010-705-4
- Heft 21 Karsten Nowrot, Die UN-Norms on the Responsibility of Transnational Corporations and Other Business Enterprises with Regard to Human Rights – Gelungener Beitrag zur transnationalen Rechtsverwirklichung oder das Ende des Global Compact?, September 2003, ISBN 3-86010-706-2
- Heft 22 Gerhard Kraft/Ronald Krenzel, Economic Analysis of Tax Law – Current and Past Research Investigated from a German Tax Perspective, Oktober 2003, ISBN 3-86010-715-1
- Heft 23 Ingeborg Fogt Bergby, Grundlagen und aktuelle Entwicklungen im Streitbeilegungsrecht nach dem Energiechartavertrag aus norwegischer Perspektive, November 2003, ISBN 3-86010-719-4
- Heft 24 Lilian Habermann/Holger Pietzsch, Individualrechtsschutz im EG-Antidumpingrecht: Grundlagen und aktuelle Entwicklungen, Februar 2004, ISBN 3-86010-722-4
- Heft 25 Matthias Hornberg, Corporate Governance: The Combined Code 1998 as a Standard for Directors' Duties, März 2004, ISBN 3-86010-724-0

- Heft 26 Christian Tietje, Current Developments under the WTO Agreement on Subsidies and Countervailing Measures as an Example for the Functional Unity of Domestic and International Trade Law, März 2004, ISBN 3-86010-726-7
- Heft 27 Henning Jessen, Zollpräferenzen für Entwicklungsländer: WTO-rechtliche Anforderungen an Selektivität und Konditionalität – Die GSP-Entscheidung des WTO Panel und Appellate Body, Mai 2004, ISBN 3-86010-730-5
- Heft 28 Tillmann Rudolf Braun, Investment Protection under WTO Law – New Developments in the Aftermath of Cancún, Mai 2004, ISBN 3-86010-731-3
- Heft 29 Juliane Thieme, Latente Steuern – Der Einfluss internationaler Bilanzierungsvorschriften auf die Rechnungslegung in Deutschland, Juni 2004, ISBN 3-86010-733-X
- Heft 30 Bernhard Kluttig, Die Klagebefugnis Privater gegen EU-Rechtsakte in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes: Und die Hoffnung stirbt zuletzt..., September 2004, ISBN 3-86010-746-1
- Heft 31 Ulrich Immenga, Internationales Wettbewerbsrecht: Unilateralismus, Bilateralismus, Multilateralismus, Oktober 2004, ISBN 3-86010-748-8
- Heft 32 Horst G. Krenzler, Die Uruguay Runde aus Sicht der Europäischen Union, Oktober 2004, ISBN 3-86010-749-6
- Heft 33 Karsten Nowrot, Global Governance and International Law, November 2004, ISBN 3-86010-750-X
- Heft 34 Ulrich Beyer/Carsten Oehme/Friederike Karmrodt, Der Einfluss der Europäischen Grundrechtecharta auf die Verfahrensgarantien im Unionsrecht, November 2004, ISBN 3-86010-755-0
- Heft 35 Frank Rieger/Johannes Jester/ Michael Sturm, Das Europäische Kartellverfahren: Rechte und Stellung der Beteiligten nach Inkrafttreten der VO 1/03, Dezember 2004, ISBN 3-86010-764-X
- Heft 36 Kay Wissenbach, Systemwechsel im europäischen Kartellrecht: Dezentralisierte Rechtsanwendung in transnationalen Wettbewerbsbeziehungen durch die VO 1/03, Februar 2005, ISBN 3-86010-766-6
- Heft 37 Christian Tietje, Die Argentinien-Krise aus rechtlicher Sicht: Staatsanleihen und Staateninsolvenz, Februar 2005, ISBN 3-86010-770-4
- Heft 38 Matthias Bickel, Die Argentinien-Krise aus ökonomischer Sicht: Herausforderungen an Finanzsystem und Kapitalmarkt, März 2005, ISBN 3-86010-772-0

- Heft 39 Nicole Steinat, *Comply or Explain – Die Akzeptanz von Corporate Governance Kodizes in Deutschland und Großbritannien*, April 2005, ISBN 3-86010-774-7
- Heft 40 Karoline Robra, *Welthandelsrechtliche Aspekte der internationalen Besteuerung aus europäischer Perspektive*, Mai 2005, ISBN 3-86010-782-8
- Heft 41 Jan Bron, *Grenzüberschreitende Verschmelzung von Kapitalgesellschaften in der EG*, Juli 2005, ISBN 3-86010-791-7
- Heft 42 Christian Tietje/Sebastian Wolf, *REACH Registration of Imported Substances – Compatibility with WTO Rules*, July 2005, ISBN 3-86010-793-3
- Heft 43 Claudia Decker, *The Tension between Political and Legal Interests in Trade Disputes: The Case of the TEP Steering Group*, August 2005, ISBN 3-86010-796-8
- Heft 44 Christian Tietje (Hrsg.), *Der Beitritt Russlands zur Welthandelsorganisation (WTO)*, August 2005, ISBN 3-86010-798-4
- Heft 45 Wang Heng, *Analyzing the New Amendments of China's Foreign Trade Act and its Consequent Ramifications: Changes and Challenges*, September 2005, ISBN 3-86010-802-6
- Heft 46 James Bacchus, *Chains Across the Rhine*, October 2005, ISBN 3-86010-803-4
- Heft 47 Karsten Nowrot, *The New Governance Structure of the Global Compact – Transforming a "Learning Network" into a Federalized and Parliamentarized Transnational Regulatory Regime*, November 2005, ISBN 3-86010-806-9
- Heft 48 Christian Tietje, *Probleme der Liberalisierung des internationalen Dienstleistungshandels – Stärken und Schwächen des GATS*, November 2005, ISBN 3-86010-808-5
- Heft 49 Katja Moritz/Marco Gesse, *Die Auswirkungen des Sarbanes-Oxley Acts auf deutsche Unternehmen*, Dezember 2005, ISBN 3-86010-813-1
- Heft 50 Christian Tietje/Alan Brouder/Karsten Nowrot (eds.), *Philip C. Jessup's *Transnational Law* Revisited – On the Occasion of the 50th Anniversary of its Publication*, February 2006, ISBN 3-86010-825-5
- Heft 51 Susanne Probst, *Transnationale Regulierung der Rechnungslegung – International Accounting Standards Committee Foundation und Deutsches Rechnungslegungs Standards Committee*, Februar 2006, ISBN 3-86010-826-3
- Heft 52 Kerstin Rummel, *Verfahrensrechte im europäischen Arzneimittelzulassungsrecht*, März 2006, ISBN 3-86010-828-X

- Heft 53 Marko Wohlfahrt, Gläubigerschutz bei EU-Auslandsgesellschaften, März 2006, ISBN (10) 3-86010-831-X, ISBN (13) 978-3-86010-831-4
- Heft 54 Nikolai Fichtner, The Rise and Fall of the Country of Origin Principle in the EU's Services Directive – Uncovering the Principle's Premises and Potential Implications –, April 2006, ISBN (10) 3-86010-834-4, ISBN (13) 978-3-86010-834-5
- Heft 55 Anne Reinhardt-Salcinovic, Informelle Strategien zur Korruptionsbekämpfung – Der Einfluss von Nichtregierungsorganisationen am Beispiel von Transparency International –, Mai 2006, ISBN (10) 3-86010-840-9, ISBN (13) 978-3-86010-840-6
- Heft 56 Marius Rochow, Die Maßnahmen von OECD und Europarat zur Bekämpfung der Bestechung, Mai 2006, ISBN (10) 3-86010-842-5, ISBN (13) 978-3-86010-842-0
- Heft 57 Christian J. Tams, An Appealing Option? The Debate about an ICSID Appellate Structure, Juni 2006, ISBN (10) 3-86010-843-3, ISBN (13) 978-3-86010-843-7
- Heft 58 Sandy Hamelmann, Internationale Jurisdiktionskonflikte und Vernetzungen transnationaler Rechtsregime – Die Entscheidungen des Panels und des Appellate Body der WTO in Sachen "Mexico – Tax Measures on Soft Drinks and Other Beverages" –, Juli 2006, ISBN (10) 3-86010-850-6, ISBN (13) 978-3-86010-850-5
- Heft 59 Torje Sunde, Möglichkeiten und Grenzen innerstaatlicher Regulierung nach Art. VI GATS, Juli 2006, ISBN (10) 3-86010-849-2, ISBN (13) 978-3-86010-849-9
- Heft 60 Kay Wissenbach, Schadenersatzklagen gegen Kartellmitglieder – Offene Fragen nach der 7. Novellierung des GWB, August 2006, ISBN (10) 3-86010-852-2, ISBN (13) 978-3-86010-852-9
- Heft 61 Sebastian Wolf, Welthandelsrechtliche Rahmenbedingungen für die Liberalisierung ausländischer Direktinvestitionen – Multilaterale Investitionsverhandlungen oder Rückbesinnung auf bestehende Investitionsregelungen im Rahmen der WTO?, September 2006, ISBN (10) 3-86010-860-3, ISBN (13) 978-3-86010-860-4
- Heft 62 Daniel Kirmse, Cross-Border Delisting – Der Börsenrückzug deutscher Aktiengesellschaften mit Zweitnotierungen an ausländischen Handelsplätzen, Oktober 2006, ISBN (10) 3-86010-861-1, ISBN (13) 978-3-86010-861-1
- Heft 63 Karoline Kampermann, Aktuelle Entwicklungen im internationalen Investitionsschutzrecht mit Blick auf die staatliche Steuersouveränität, Dezember 2006, ISBN (10) 3-86010-879-4, ISBN (13) 978-3-86010-879-6
- Heft 64 Maria Pätz, Die Auswirkungen der Zinsrichtlinie innerhalb der EU und im Verhältnis zur Schweiz, April 2007, ISBN 978-3-86010-904-5

- Heft 65 Norman Hölzel, Kartellrechtlicher Individualrechtsschutz im Umbruch – Neue Impulse durch Grünbuch und *Zementkartell*, Mai 2007, ISBN 978-3-86010-903-8
- Heft 66 Karsten Nowrot, Netzwerke im Transnationalen Wirtschaftsrecht und Rechtsdogmatik, Mai 2007, ISBN 978-3-86010-908-3
- Heft 67 Marzena Przewlocka, Die rechtliche Regelung von Directors’ Dealings in Deutschland und Polen – unter Berücksichtigung der Neuerungen durch das Transparenzrichtlinie-Umsetzungsgesetz –, Juni 2007, ISBN 978-3-86010-909-0
- Heft 68 Steffen Fritzsche, Open Skies EU-USA – an extraordinary achievement!? August 2007, ISBN 978-3-86010-933-5
- Heft 69 Günter Hirsch, Internationalisierung und Europäisierung des Privatrechts, September 2007, ISBN 978-3-86010-922-9
- Heft 70 Karsten Nowrot, The Relationship between National Legal Regulations and CSR Instruments: Complementary or Exclusionary Approaches to Good Corporate Citizenship? Oktober 2007, ISBN 978-3-86010-945-8
- Heft 71 Martin Brenncke, Is “fair use” an option for U.K. copyright legislation? November 2007, ISBN 978-3-86010-963-2
- Heft 72 Rainer Bierwagen, Das Grünbuch der Europäischen Kommission zu den handelspolitischen Schutzinstrumenten der EG – ein Meilenstein in der Reformdebatte? November 2007, ISBN 978-3-86010-966-3
- Heft 73 Murad L. Wisniewski, Employee involvement in multinational corporations – A European perspective, Februar 2008, ISBN 978-3-86010-996-0
- Heft 74 Christian Tietje/Karsten Nowrot/Clemens Wackernagel, Once and Forever? The Legal Effects of a Denunciation of ICSID, March 2008, ISBN 978-3-86829-011-0
- Heft 75 Christian Tietje/Bernhard Kluttig, Beschränkungen ausländischer Unternehmensbeteiligungen und –übernahmen – Zur Rechtslage in den USA, Großbritannien, Frankreich und Italien, Mai 2008, ISBN 978-3-86829-035-6
- Heft 76 Daniel Scharf, Die Kapitalverkehrsfreiheit gegenüber Drittstaaten, Juni 2008, ISBN 978-3-86829-048-6
- Heft 77 Martina Franke, Chinas Währungspolitik in der Kritik des US-amerikanischen und des internationalen Wirtschaftsrechts, August 2008, ISBN 978-3-86829-069-1
- Heft 78 Christian Tietje, The Applicability of the Energy Charter Treaty in ICSID Arbitration of EU Nationals vs. EU Member States, September 2008, ISBN 978-3-86829-071-4

- Heft 79 Martin Brenncke, The EU Roaming Regulation and its non-compliance with Article 95 EC, October 2008, ISBN 978-3-86829-078-3
- Heft 80 Katharina Winzer, Der Umzug einer GmbH in Europa – Betrachtungen im Lichte der Rechtsprechung des EuGH sowie der aktuellen Gesetzgebung, November 2008, ISBN 978-3-86829-083-7
- Heft 81 Jürgen Bering, Die rechtliche Behandlung von ‚Briefkastenfirmen‘ nach Art. 17 ECT und im allgemeinen internationalen Investitionsschutzrecht, Dezember 2008, ISBN 978-3-86829-101-8
- Heft 82 Clemens Wackernagel, Das Verhältnis von treaty und contract claims in der internationalen Investitionsschiedsgerichtsbarkeit, Januar 2009, ISBN 978-3-86829-103-2
- Heft 83 Christian Tietje, Die Außenwirtschaftsverfassung der EU nach dem Vertrag von Lissabon, Januar 2009, ISBN 978-3-86829-105-6
- Heft 84 Martina Franke, Historische und aktuelle Lösungsansätze zur Rohstoffversorgungssicherheit, Februar 2009, ISBN 978-3-86829-127-8